

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 22, Winterfeldtstr. 24  
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6488  
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:  
Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags  
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld)  
2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3161

## Inhalt:

Warum treiben die Gewerkschaften Statistik? — Die Filiale Hamburg-Altona 1907. — Die Forderungen unserer Kollegen bei der Berliner F. C. G. A. — Mißstände auf dem Berliner Schlacht- und Viehhof. — Die Breslauer Schlacht- und Viehhofsverwaltung. — Die Stadt Magdeburg als Arbeitgeberin. — Zur Lage der Gasarbeiter in Spandau. — Außerordentlicher Kongreß der „Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften“. — Notizen für Gasarbeiter. — Aus unserer Bewegung. — Aus den deutschen Gewerkschaften. — Rundschau. — Eingegangene Schriften und Bücher. — Anzeigen.

## Warum treiben die Gewerkschaften Statistik?

Mit Zahlen läßt sich trefflich streiten. Dies empfindet ganz besonders derjenige angenehm, der in einer Versammlung seinem Gegner mit gut fundiertem Zahlenmaterial antwortet. Man kann seine Argumente mittels Zahlen unter Umständen so beweiskräftig gestalten, daß ein Widerspruch überhaupt nicht mehr möglich ist und die gemachten Einwände glatt zu Boden fallen.

Aber diese Zahlen müssen gut fundiert sein. Fast jeder Mensch hat die Neigung, rein persönliche Einzelvorgänge oder Erlebnisse zu verallgemeinern, sie als typisch hinzustellen und daraus Schlussfolgerungen zu ziehen, die oftmals den Tatsachen nicht entsprechen.

Um decken aber gerade die Statistiken den wahren Sachverhalt erst richtig auf, soweit es sich um Verhältnisse und Angelegenheiten allgemeiner Natur handelt.

Die Zusammenstellung von gleichartigen Einzelfällen, die zu Gruppen vereinigt werden, nennt man Statistik. Im engeren Sinne bezieht sich die Statistik auf Menschen, die unter bestimmten Verhältnissen und Voraussetzungen betrachtet werden. Wir können auch sagen: Die zahlenmäßige Untersuchung des gesellschaftlichen Menschenlebens spiegelt sich in Statistiken wider.

Gewiß sind solche Untersuchungen schon seit Jahrhunderten bekannt, aber die eigentliche wissenschaftliche Statistik ist doch erst ein Kind des 19. Jahrhunderts, und noch heute erobert sie sich fortgesetzt neue Gebiete und findet immer ausgedehntere Anwendung. Bereits bestehen in allen Kulturstaaten große Institute, die sogenannten Statistischen Ämter, und auch die größeren Städte haben sich solche einrichten müssen, um über die verschiedensten Gebiete einwandfreies Material für die städtischen Verwaltungen zu besitzen und eventuell als Unterlage benutzen zu können.

Was für Staat und Gemeinde durch Berufs- und Volkszählungen, durch Feststellung der Geburten, Straftaten, Todesfälle usw. statistisch bearbeitet und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird, gibt zahlreichen hygienischen und sonstigen Maßnahmen erst die rechte Begründung. Ebenso

sind die Mehrzahl aller Gesetze auf statistischer Basis geschaffen bzw. aufgebaut.

Das dürfte allen unseren Kollegen ohne weiteres einleuchten. Nicht jedem aber ist bekannt, daß auch die Gewerkschaften verpflichtet sind, in immer ausgedehnterem Maße Statistik zu treiben. Als vor Jahrzehnten die deutsche Arbeiterbewegung noch klein und unscheinbar war, konnte sie freilich nicht mit großen Zahlen auf irgendeinem Gebiet paradien. Die damaligen Gewerkschaftsstatistiken beschränkten sich in der Hauptsache darauf, die zahlreichen Mißstände, mangelhafte Lohn- und Arbeitsverhältnisse festzustellen und an der Hand dieser Zahlen auf Besserung zu dringen. Die statistischen Untersuchungen waren also vorwiegend kritischer Natur.

Mit dem gewaltigen Anwachsen der modernen Organisationen ist das anders geworden, und gegenwärtig sind die zahlreichen Statistiken der verschiedenen Gewerkschaften größtenteils dazu bestimmt, den Mitgliedern ein klares Bild zu geben über die Organisationsverhältnisse, Massenwesen, Streiks, Lohnbewegungen und Erfolge.

Diese Statistiken aber dienen zur weiteren Agitation und belehren uns genau, an welcher Stelle einzusetzen ist, welche Fehler zu vermeiden sind und welche Vorteile die Organisation den Mitgliedern bringt. Besonders ist die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands seit vielen Jahren mit wachsendem Erfolge bemüht, eine Uebersicht über die gesamte Gewerkschaftsbewegung Deutschlands in allen seinen Teilen zu geben, und erst jüngst hat der diesbezüglich geführte Vergleich der amtlichen Statistik über Streiks und Aussperrungen mit derjenigen der Generalkommission bewiesen, daß die letztere exakter und ausführlicher ist, wenn auch hier und da noch einiges zu wünschen übrig bleibt. Ziemlich wäre es wünschenswert, wenn das reichsstatistische Amt seine einseitige Tendenz aus dieser Statistik endlich fahren ließe und es dadurch den freien Gewerkschaften ermöglichte, ihr Material in den Dienst der amtlichen Statistik zu stellen.

Damit kommen wir zu einem ungemein wichtigen Punkt aller statistischen Aufstellungen: der zweifelsfreien Objektivität und Zuverlässigkeit. Eine Statistik darf nicht wie leider gegenwärtig noch immer die amtliche Streikstatistik mit einer vorgefaßten Meinung oder mit arbeiterfeindlichen Nebenabsichten verquittet werden, soll sie überhaupt verwendbar sein. Um aber zuverlässige Statistiken zu schaffen, muß jede Einzelaussage zuverlässig sein! Solche einwandfreien Zusammenstellungen erheben auf der anderen Seite viele Differenzen und Meinungsverschiedenheiten über den Wert oder Unwert neuer gewerkschaftlicher Einrichtungen bzw. Kampfmethoden usw.

Wir erinnern nur an die vor circa zehn Jahren viel umstrittenen Fragen bezüglich der Beitragsverböschung, Unterbringungseinrichtungen, Tarifverträge, Anstellung von Gewerkschaftsbeamten usw. Durch die mittlerweile statistisch

festgestellten Tatsachen ergibt sich heute für jeden modernen geschulten und aufgeklärten Gewerkschaftler, daß je höher die Beiträge, desto größer die Leistungs-fähigkeit und Schlagkraft einer Gewerkschaft. Ebenso haben die Unterstützungseinrichtungen den Gewerkschaften erst eigentlich das Rückgrat gegeben. Die Gewerkschaften sind nicht „verhumpft“, sondern der Kampfescharakter ist um so stärker in die Erscheinung getreten, je mehr die Mitgliederzahl durch Unterstützungseinrichtungen in ihrem Auftreten energischer und rücksichtsloser vorgehen konnte. Die Tarifverträge haben nicht zur befürchteten Harmonieduselei geführt, vielmehr gelten sie heute mit Recht als ein Beweis der reipet gebietenden Position einer Gewerkschaft. Ueber die Anstellung von Beamten wird heute überhaupt nicht mehr „prinzipiell“ debattiert. Hier entscheidet nur noch die von Fall zu Fall zu beurteilende Notwendigkeit.

All diese Wandlungen danken wir in erster Linie den bewerkstelligten Zahlen. Wer heute in den Gewerkschaften irgendeinen Vertrauensposten bekleidet, dem müssen -- will er seinen Aufgaben gewachsen sein -- die größeren fortlaufenden statistischen Arbeiten sowohl der Generalkommission als auch seiner speziellen Gewerkschaft geläufig sein. Er muß beispielsweise die trotz ihres großen Wertes unbedeutende „christliche“ Gewerkschaftsbewegung an der Hand von vergleichenden Statistiken beleuchten können und wird bei solchen wahrheitsgemäßen Zahlenparallelen mit „Christlichen“ oder „Kirch-Tumderischen“ seine helle Freude haben an der gesunden, zielklaren Denkungsart der überwiegend großen Mehrzahl aller organisierten Arbeiter, die sich mit zirka zwei Millionen in den modernen Gewerkschaften zusammengeschlossen haben. Es ist auch bezeichnend, daß die generischen Organisationen so häufig die Bekanntgabe ihrer Massverhältnisse, Mitgliederbeiträge usw. scheuen, weil sie damit nicht gerade glänzen können, während die freien Gewerkschaften eine Ehre darin sehen, ein möglichst wahrheitsgetreues Zahlenbild der Öffentlichkeit zu unterbreiten.

Darum sollte jeder Kollege die ihm zur Verfügung stehenden Gewerkschaftsstatistiken eifrig studieren. Die gewiß nicht geringfügige Mühe und Arbeit wird eine erhebliche Bereicherung seines Wissens und Agitationsmaterials zur Folge haben.

In diesen Tagen werden unsere Filialen eine Anzahl Fragebogen seitens des Hauptvorstandes zugeandt erhalten. Wenn nun die Mitglieder wiederum seitens der Filialverwaltungen ermahnt werden, auf eine Anzahl Fragen Auskunft zu geben, so bitten wir, die vorstehenden Ausführungen sich ins Gedächtnis zurückzurufen und für exakte, sofortige Beantwortung der gestellten Fragen nach bestem Wissen und Können zu sorgen. So mancher Kollege ist mißtrauisch, wenn eine Anzahl Fragen an ihn ergehen, aber hier ist kein Mißtrauen am Plage! Vielmehr sollte es sich jeder Kollege zur unabwiesbaren Pflicht machen, der Filialverwaltung und dem Hauptvorstand die ohnehin mühevoll statistische Zusammenstellung zu erleichtern durch sofortige Beantwortung der gestellten Fragen und eventuelle Kontrolle auf Zuverlässigkeit und Vollständigkeit der gegebenen Antworten.

Der Mainzer Verbandstag hat dem Verbandsvorstand eine Anzahl von statistischen Erhebungen zur Verlässlichmachung übermessen. Diese Erhebungen haben zum Teil stattgefunden und zeigen sich in dem umfangreichen Material, das unter anderem auch in die-jährigen Notiztalender Verwendung finden konnte. Zur weiteren Unterstützung der Agitation hat der Verbandsvorstand beschlossen, für 1906/07 einen Geschäftsbericht herauszugeben. Hierzu sollen hauptsächlich die gegenwärtigen Erhebungen dienen. Die Zweckmäßigkeit dieser Maßnahme wird wohl von keinem Kollegen bezweifelt werden können. So erlauben wir alle Kollegen, die notwendigen Vorarbeiten fördern zu helfen und eine ge-

wissenhafte und sofortige Beantwortung der gestellten Fragen vorzunehmen.

Wir möchten bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß es sich für unsere größeren Filialen durchaus empfehlen dürfte, regelmäßige Jahresberichte mit kurzen Uebersichten über den Stand der Organisation, Kämpfe, Erfolge und Perspektiven zu geben. Einzelne Filialen haben bereits den Anfang gemacht, und die agitatorische Wirkung dieser Jahresberichte wiegt durchaus die aufgewendete Mühe und die Mittel dafür auf. In größeren Verbänden ist man hierin weiter wie bei uns, und es sollten die Filialvorstände hierauf mehr Gewicht legen wie bisher. Ein in der „Gewerkschaft“ gegebener zusammengedrängter Abriss kann solche Jahresberichte nicht ersetzen, während ein ausgedehnter Bericht schon wegen Raum-mangels nicht gebracht werden kann.

Freilich würden unsere ganzen statistischen Erhebungen eine erheblich höhere Bedeutung gewinnen, wenn die städtischen statistischen Ämter es als ihre selbstverständliche Pflicht ansehen würden, in einwandfreier Weise die Lage der städtischen Arbeiter statistisch zu beleuchten, wie dies in Magdeburg, Kiel und einzelnen anderen Orten geschehen ist. Aber selbst hier werden die bezüglichen Zusammenstellungen leider nicht fortlaufend geführt, sondern sind nur aus besonderen Anlässen (Orientierung für die Stadtverordneten) vorgenommen.

Haben wir erst einmal der Öffentlichkeit zugängliche einwandfreie amtliche Statistiken über unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse, so werden wir bedeutend nachhaltiger mit unserer Kritik einlegen können und das öffentliche Gewissen mit diesem Material aufpeitschen.

Unsere gewerkschaftsstatistischen Erhebungen aber werden uns erst die rechte Möglichkeit bieten, alle dunklen Stellen ins hellste Licht zu rücken. So schmieden wir uns eine gute Waffe im Kampfe wider unsere Gegner, mögen sie in den Stadtverwaltungen sitzen oder in den eigenen Reihen unserer Arbeitsbrüder zu finden sein.

### Die Filiale Hamburg-Altona 1907.\*)

4245 Mitglieder und ein Vermögen von 23158,00 Mk. zählt unsere Filiale am 31. Dezember 1907. Ende 1906 waren es 3188 Mitglieder mit einem Reicht von 8012,85 Mk. Demnach brachte das Geschäftsjahr 1907 einen Zuwachs von 757 Mitgliedern, in der Masse 15046,05 Mk. mehr. Ueber wichtige Einzelheiten zu diesen Ziffern später. Zunächst wollen wir uns der Hauptaufgabe unserer Organisation zuwenden, nämlich der Frage: Was ist für den wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg der staatlichen und städtischen Arbeiter getan worden?

Für die Hamburgischen Staatsarbeiter forderben wir Arbeiterauskünfte, den Ruhestundenarbeits-tag für Schichtarbeiter täglich drei Schichten von je acht Stunden, Lohnaufbesserung und einen lebentätigen Sommerurlaub.

Den Lohn ausgenommen, waren die Forderungen für alle Arbeiter gleich. Soweit aber nur die einschlägigen Verhältnisse es angebracht erscheinen ließen, wurden auch die Lohnforderungen vereinheitlicht. Die große Zahl der gewöhnlichen (nicht handwerk-mäßig vorgebildeten) Arbeiter sollte einen Tagelohn von 4,50 Mk. steigend nach drei Diensthahren auf 5 Mk. erhalten.

Ueber Strategie und Taktik der Bewegung sowie über den Verlauf derselben im allgemeinen ist derzeit in der „Gewerkschaft“ berichtet worden. Deshalb nur noch einmal das Wichtigste:

Die Verwaltungsdeputationen gaben die Erklärung, der Senat habe ihnen das Recht genommen, ohne sein Vorwissen und seine Einwilligung generelle Verbesserungen für die Arbeiter durchzuführen. In irgendwelchem Staatsbetrieb dürfte den betreffenden Arbeitern oder einer Arbeiterkategorie nur dann eine längere Arbeitszeit oder Lohnerböhung oder dergleichen bewilligt werden, wenn zuvor die Verwaltungsbehörden aller anderen Staatsbetriebe dazu sich geäußert hätten. Als Vermittlungsstelle sei vom Senate eine Kommission für Staatsarbeitervragen abgeleitet worden, welche dann schließlich ihrerseits dem Senat entsprechende Anträge zu unterbreiten habe. Es müßten auch diesmal die Beschlüsse des Senates abgewartet werden.

\*) Der Bericht mit einem Rückblick auf 1906 wird demnächst in Broschürenform erscheinen.

Nach monatelangem Garen wurde das Ergebnis aller Verhandlungen bekannt. Es brachte sehr wenig. Arbeiterausschüsse wurden zugestanden; dieselben sollten anfangs 1908 eingeführt werden. In bezug auf Sommerurlaub lauteten die Zugeständnisse: Es kann gewährt werden nach 3jähriger Dienstzeit 3 Tage, nach 6jähriger Dienstzeit 6 Tage. Arbeiter der Gasanstalten und des Beleuchtungswesens behalten den ihnen 1906 zugestimmten 14-tägigen Urlaub. Das war alles.

Der Abscheid hatte überall große Unzufriedenheit zur Folge. Die Verwaltungsdeputationen wurden abermals aufgefordert, die Arbeitszeit zu verkürzen und die Löhne zu erhöhen. Aber nur wenige Gruppen erzielten minimale Erfolge.

Eine Verkürzung der Arbeitszeit wurde nur den Schichtarbeitern in den Gasanstalten in sichere Aussicht gestellt. Am 1. Februar 1908 sollte die Achtstundenschicht eingeführt werden. Die Deputation verpflichtete sich aber, eine Verkürzung der Arbeitszeit für die übrigen sowie für diese einen höheren Lohn von 20 Pf. pro Tag zum 1. April 1908 beim Senat zu befürworten. Also auch die Erhöhung der Löhne wurde allen Gasarbeitern und sonstigen Arbeitern im Beleuchtungswesen abgelehnt. Den Gasanstaltsarbeitern wurde aber Arbeitskleidung besprochen; jedoch auch diese Zusage ist im Berichtsjahre nicht eingelöst worden.

Den Steinsehern und Mammern der Baudeputation (Sektion 1) wurde der Stundenlohn um 5 Pf. erhöht. Der Tagelohn beträgt jetzt bei 10stündiger Arbeitszeit 5,80 Mk. bzw. 5,30 Mk. Ferner wurde die den Arbeitern 1906 zugesagte Vergünstigung, staatsseitig die Arbeitsgerätschaften zu liefern, im Berichtsjahre durchgeführt.

Von den übrigen Arbeitern der letztgenannten Behörde erhielten nur auf vereinzelte Posten gestellte Gärtner und Handwerker höhere Löhne. Die vielen nichtqualifizierten Arbeiter im Ingenieurwesen einschl. der Straßenreiniger und Siedlarbeiter, desgleichen die Arbeiter im Hochbauwesen, blieben unberücksichtigt.

Für die Arbeiter im Strom- und Hafenbauwesen (Baudeputation, Sektion 2) wurde eine Lohnstafe festgesetzt, die der Mehrzahl der Arbeiter um 10, 20, 30 Pf. und einzelnen 40 Pf. erhöhte Tagelöhne brachte. Davon blieben ausgenommen die Zimmerer auf dem Staatszimmerplatz und die Steinseher und die Mammern der Hafenbauinspektion. Diese letzteren Arbeiter sind im Lohne 90 Pf. pro Tag schlechter gestellt, als ihre Berufskollegen der Baudeputation, Sektion 1.

Den Staatskatarbeitern wurden ebenfalls die Löhne erhöht. Der Tagelohn für Vorarbeiter, früher 4,30 Mk., wurde vom 1. Februar ab auf 1,60 Mk. steigend alljährlich um 10 Pf., bis 5 Mk. festgesetzt. Gleichartig erhielten die Hilfsarbeiter eine Zulage von 20 Pf. pro Tag. Diese Mehrleistung der Affordtarbeiter (siehe Schuppenarbeiter) wurden diese dadurch vergütet, daß die Mauerverwaltung die Bezahlung der Bedienungsmannschaften der Handkräne übernahm, welche bis dahin zu Lasten der Affordtarbeiter fiel. Bei diesem Ausgleich handelt es sich angeblich um 210.000 Mk. Im Oktober wurde den Affordarbeitern der Affordtarif aufgeschickt. Als reale Folge der Affordtarife kommt in Betracht die Erhöhung des Affordvorschußes (garantierten Tagelohnes) von 1 Mk. auf 4,20 Mk. Auch die Hilfsarbeiter (Inhaber gelber und grauer Karten) erhielten abermals 20 Pf. mehr; ihr täglicher Lohn beträgt 4 Mk. bzw. 3,80 Mk. Die Höhe des effektiven Affordmehrverdienstes läßt sich erst nach mehreren Monaten feststellen.

Die Vorarbeiter, Mohliger, Arbeiter und Handwerker der Stadtwasserkunst bekamen einen neuen Lohnstarif, welcher ihnen aber nur flüchtig, sozusagen einmal im Vorbeigehen, gezeigt wurde. Der Tarif sollte erhebliche Lohnaufbesserungen bringen. Schließlich aber erhielten viele Arbeiter nichts, ein Teil derselben indessen 10, 20 und 30 Pf. mehr täglich. — Ebenso, oder vielmehr noch schlechter, erging es dem Personal der öffentlichen Warmbäderanstalten. Der Lohnstarif für sie wies erhöhte Wochenlöhne auf, aber niemand erhielt sie.

Keine Lohnaufbesserung verzeichneten die Friedhofsarbeiter (mit Ausnahme einer bescheidenen Zahl Apherungsarbeiter, welche bei einer wenige Wochen dauernden Dramenarbeit höheren Affordlohn forderten und erhielten), Vieh- und Schlachthofarbeiter, Arbeiter und Dienpersonal der Kranken- und Irrenanstalten.

Altona hat dem größeren Teil seiner Arbeiter die Löhne aufgeschickt. Günstiger als die Lohnerböhrungen für die Hamburgerischen Staatsarbeiter sind im allgemeinen aber auch die der Altonaer städtischen Arbeiter nicht ausgefallen. Und es hat auch

hier ganz außerordentlicher Bohrarbeit benötigt, das Wenige zu erreichen.

Die Elektrizitätswerkarbeiter kamen 20 Pf. höher im Lohn. Sie erhalten 4 Mk., nach 2 Jahren 4,20 Mk. und nach 5 Jahren 4,50 Mk. Die Gasarbeiter, derselben Verwaltung unterstellt, fanden keine Berücksichtigung. Nur kleinere Handwerkergruppen in den Außenbetrieben hatten einen unbedeutenden Erfolg.

Das Bauamt gewährte den Bauhofarbeitern 20 Pf. mehr; der Tagelohn ist jetzt 4 Mk. Die Meschbüchsen kamen von 24 Mk. Wochenlohn auf 27 Mk. Die Siedlarbeiter erhielten früher an Tagelohn 1 Mk., nach 5 Jahren 4,10 Mk., jetzt 4,10 Mk. und nach 2 Jahren 4,30 Mk. Ferner erhalten sie Arbeitskleidung: alljährlich ein Tuchjackett, eine Englisches Lederbose, einen Reimkittel und ein Paar Stiefel. Diese auch repariert. Hafenarbeiter wurden im Lohne von 4 Mk. auf 4,30 Mk. täglich gestellt.

Die Straßenreiniger erhielten keine Lohnzulage.

Ueber eine Verkürzung der Arbeitszeit ist aus keinem Betriebe zu berichten. Den Schichtarbeitern der Gasanstalt wurde der Schichtwechsel erleichtert, was aber keine Kürzung der Gesamtarbeitszeit bedeutet.

Gegen Arbeiterausschüsse hat die Stadtverwaltung große Abneigung. Gefordert sind dieselben wiederholt, auch im Berichtsjahre. Für die Gasarbeiter ist denn schließlich der Werktriebstrankenkassenverband als Arbeiterauschuß benannt worden. Alle übrigen Arbeiter entbehren noch der Vertretung.

Sehr im argen liegt auch die Arbeiterfürsorge im übrigen. In Krankheitsfällen wird den Arbeitern die Differenz zwischen Krankengeld und Lohn gezahlt, bis zu welcher Dauer aber, ist noch nicht allen zur Gewissheit geworden; und dann bedarf es in jedem Einzelfalle eines besonderen Antrages. Sonderbarerweise sind die Straßenreiniger von dieser Vergünstigung absolut ausgeschlossen.

Mit der Alters- und Hinterbliebenen-Versorgung ist es auch jetzt noch in beiden unserer Stadtgemeinden fast gleich schlecht um die Arbeiter bestellt. Hamburg hat eine Versorgungsstafe geschaffen; sie ist seit dem 1. Mai in Kraft. Die Arbeiter müssen wöchentlich 15 Pf. Beitrag zahlen; die vorerwähnten Leistungen der Stafe sind aber ganz ungenügend. Die Rente für Erwerbsunfähige ist viel zu niedrig, und die Witwen- und Waisenfürsorge fehlt gänzlich. Altona hat für die Gasarbeiter eine ähnliche Einrichtung mit den gleichen Mängeln. Die übrigen städtischen Arbeiter sind noch in jedem Falle auf die Armenverwaltung allein angewiesen.

Wehr aber als alles andere beweisen die Maßregelungen in unseren staatlichen und städtischen Betrieben, welche Art von sozialpolitischen Ansichten an einigen „makabrenden“ Stellen anzutreffen ist. Noch durfte der Staatslanddirektor es wagen, Arbeiter wegen ihrer Zugehörigkeit zur gewerkschaftlichen Organisation, oder weil sie bei der Betriebsverwaltung Lohnforderungen stellten, aus der Arbeit zu entlassen, wofür er von seiner vorgesetzten Behörde öffentlich belobt wurde. Ähnlich so bei der Altonaer Straßenreinigungsverwaltung. Inspektor Rödel maßregelte einen Arbeiter nach dem anderen — seine vorgesetzte Behörde notigte den Arbeitern einen Montant auf, dessen Bestimmungen von Rödel als Koalitionsverbot angelegt werden. Wir sind diesen frivolen arbeiterrechtschänderischen Praxistatsachen mit größter Energie entgegengetreten und für uns sind sie noch nicht erledigt!

So der Stand der Sozialpolitik in den Großstadtgemeinden Hamburg Altona in bezug auf die staatlichen und städtischen Arbeiter. Das war 1907. Ein Blick auf unsere in knappen Linien gezeichnete Skizze zeigt, inwiefern und inwieweit es uns gelungen ist, die Stadtverwaltungen zu Monstrationen zu drängen, jetzt aber auch, wo es noch fehlt. 1908 darf uns nicht unfähig und untätig finden.

## Die Forderungen unserer Kollegen bei der Berliner I. C. G. A.

Nachdem in über 20 Revier- und Betriebsversammlungen, die sich größtenteils eines recht guten Besundes erfreuten, die Kollegen erneut zur Lohnfrage Stellung genommen haben, fand am 22. Januar im großen Saale der „Armenhallen“ eine öffentliche Versammlung der „Englischen“ Gasarbeiter statt. Die Versammlung beauftragte die Arbeiterausschüsse, die in den Versammlungen aufgestellten Forderungen und Anträge der Direktion zu überreichen. In seinem einleitenden Referat führte Kollege Bolenske aus, daß die geforderten Wochenlöhne geeignet sind, die wirt-



schäftliche Lage des Arbeiters sicherer zu gestalten, als dies unter den zurzeit bestehenden Entlohnungsverhältnissen der Fall ist. Die Lohnausfälle, welche infolge der in die Woche fallenden Feiertage, durch Abzug bei Versäumnissen (Wahrnehmung gerichtlicher Termine, Todesfälle, Entbindungen oder Erkrankungen in der Familie) entstehen, bedeuten bei der jetzigen Verteuerung aller Bedürfnisse stets eine große Lücke im Haushaltsbudget des Arbeiters, die vielfach Not und Entbehrungen zur Folge haben. Die Arbeiter glauben auch sich darauf berufen zu können daß den gegen Monatsgehalt angestellten Beamten, deren Einkommen doch wesentlich höher ist, keinerlei Abzüge für Feiertage oder Versäumnisse gemacht werden. Es ist ferner eine Tatsache, daß die Gasanstalten nicht in dem Maße den Schwankungen wechselnder Konjunkturen unterworfen sind, wie andere industrielle Unternehmungen. Die bis zu einem gewissen Grade monopolistische Stellung, welche die Gasanstalten im Wirtschaftsleben beizien, gibt ihnen die Gewähr regelmäßiger, stetig steigender Einnahmen. Ferner ist darauf zu verweisen, daß in einer Anzahl Berufe, sowohl in der Industrie, wie auch im Handel, Wochenlöhne eingeführt sind. So bestehen z. B. für das gesamte Buchdruckergewerbe Deutschlands Tarifvereinbarungen auf der Grundlage der Wochenlöhne. Auch für die in der Berliner Frauindustrie beschäftigten Arbeiter und Handwerker sind allgemeine Wochenlöhne zur Einführung gelangt. Im Handel und Vertriebe sind Wochenlöhne die Regel.

Für die große Klasse der Arbeiter in den Betrieben der F. C. G. A. bestehen z. B. Löhne von 4 Mk. resp. 4,20 Mk. Seit dem Jahre 1909, also in einem Zeitraum von über 5 Jahren, haben die Löhne nur eine Aufbesserung von 20 Pf., etwas über 5 Proz., erfahren. Während derselben Zeit ist eine Steigerung der Lebensmittelpreise um 10—35 Proz., ja in einzelnen Fällen bis zu 50 Proz. erfolgt. Auch werden die hier geforderten Lohnsätze in der Privatindustrie mit ähnlichen Arbeitsbedingungen längst gezahlt; teilweise sind die dort gezahlten Löhne noch erheblich höher.

Es sind in letzter Zeit auch innerhalb der Berliner städtischen Verwaltung Stimmen laut geworden, die eine Lösung der Lohnfrage im Sinne der Wochenlöhne für berechtigt erachten. So hat der Herr Oberbürgermeister Kirchner einer Deputation städtischer Arbeiter gegenüber sich in diesem Sinne ausgesprochen.

Wie die Rechnungsabschlüsse der Gasanstalten zeigen, sind sie wohl in der Lage, den Wünschen der Arbeiter Rechnung zu tragen.

Wie es uns gelungen ist, die Frage der Arbeitszeit in unserem Sinne zu lösen, so wird es uns auch gelingen, die Lohnfrage nach unseren Wünschen zu regeln. Die Frage der Wochenlöhne wird nicht eher zur Ruhe kommen, ehe unseren Anträgen Genüge geschehen ist. Den mit großem Verfall aufgenommenen Ausführungen folgte eine lebhafte Diskussion.

Die folgenden Forderungen sind nunmehr durch die Arbeiterausschüsse des Aufenarrtriebes, der Gaswerke Gütshinerstraße, Schöneberg, Mariendorf, Oberspree, der Ammoniakfabrik und der Gaslocherabteilung eingereicht worden:

An die Stelle der Tagelöhne treten Wochenlöhne unter Quarundelung von 6 Arbeitstagen zu 9 Stunden bzw. 6 Schichten zu 8 Stunden.

In die Woche fallende Feiertage werden voll bezahlt.

Für Arbeiten an diesen Tagen sowie für Sonntagsarbeit wird ein Zuschlag von 100 Proz. gewährt.

Überstunden werden mit 50 Proz., Nachtarbeit mit 100 Proz. Zuschlag bezahlt.

Für Schichtarbeiter gilt die 7. Schicht innerhalb einer Woche als Sonntagsarbeit und wird entsprechend berechnet.

Die Wochenlöhne betragen:

Für Handwerker und Heblleger erst. Rauter Anfangslohn 30 Mk., steigend bis zu 37,50 Mk. nach 5 Jahren.

Maschinen- und Setzer Anfangslohn 35 Mk., steigend bis zu 42,50 Mk. nach 5 Jahren.

Mohlenarbeiter 45 Mk., Rauter 30 Mk., Betriebsarbeiter 36 Mk., Betriebsbediensteter 33 Mk., ohne Steigerungen unter Befreiung aller Akkordarbeit.

Reiniger, Magazinarbeiter, Forarbeiter und Steuerleute der Ammoniakfabrik. Anfangslohn 30 Mk., steigend bis zu 35 Mk. nach 5 Jahren.

Schichtarbeiter der Ammoniakfabrik. Anfangslohn 28 Mk., steigend bis zu 33 Mk. nach 5 Jahren.

Helfer, Polierarbeiter, Glühlichtarbeiter, Wasseraufgießer. Anfangslohn 27 Mk., steigend bis zu 32 Mk. nach 5 Jahren.

Katzenwärter. Anfangslohn 90 Mk. monatlich, steigend bis zu 105 Mk. nach 5 Jahren

Bei Zulieferungen und Steigezsträngen ist den Hoflegern und Helfern eine Zulage von 25 Pf. pro Tag zu zahlen.

Die ersten Wasseraufgießer erhalten neben den für Aufgießer festgesetzten Löhnen eine Zulage von 1,50 Mk. pro Woche.

Bei den Arbeiten am Teer sowie im Reiniger ist pro Tag ein Zuschlag von 50 Pf. zu zahlen.

Die folgende Resolution wurde einstimmig angenommen.

„Die am 22. Januar 1908 im großen Saale der „Arminhallen“, Kommandantenstraße 58/59, versammelten Arbeiter und Handwerker der Englischen Gasanstalten Berlins und Umgegend haben erneut zur Frage der Wochenlöhne Stellung genommen.

Die Versammelten erachten die Forderung auf Zahlung von Wochenlöhnen für durchaus gerechtfertigt, angesichts der eigenartigen, monopolistischen Stellung, welche die Gasanstalten im Wirtschaftsleben beizien und die ihnen die Gewähr regelmäßiger, stetig steigender Einnahmen verbürgt.

Die in den Wochenlöhnen vorgesehene Erhöhung von zehn bis 12 Prozent gegenüber den jetzigen Löhnen entsprechen nur der in der letzten Zeit besonders stark in die Erscheinung getretenen Verteuerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel.

Die Versammelten erwarten, daß die Direktion in Aussicht dessen den Anträgen ihre Zustimmung geben werde.

Als sicherstes Mittel zur Durchführung der aufgestellten Forderungen erachten die Versammelten aber eine starke Organisation. Sie verpflichten sich daher, mit allen Kräften für die Stärkung der zuständigen Organisation, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter einzutreten.“

Als sicherstes Mittel zur Durchführung der aufgestellten Forderungen erachten die Versammelten aber eine starke Organisation. Sie verpflichten sich daher, mit allen Kräften für die Stärkung der zuständigen Organisation, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter einzutreten.“

Als sicherstes Mittel zur Durchführung der aufgestellten Forderungen erachten die Versammelten aber eine starke Organisation. Sie verpflichten sich daher, mit allen Kräften für die Stärkung der zuständigen Organisation, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter einzutreten.“

Als sicherstes Mittel zur Durchführung der aufgestellten Forderungen erachten die Versammelten aber eine starke Organisation. Sie verpflichten sich daher, mit allen Kräften für die Stärkung der zuständigen Organisation, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter einzutreten.“

Als sicherstes Mittel zur Durchführung der aufgestellten Forderungen erachten die Versammelten aber eine starke Organisation. Sie verpflichten sich daher, mit allen Kräften für die Stärkung der zuständigen Organisation, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter einzutreten.“

Als sicherstes Mittel zur Durchführung der aufgestellten Forderungen erachten die Versammelten aber eine starke Organisation. Sie verpflichten sich daher, mit allen Kräften für die Stärkung der zuständigen Organisation, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter einzutreten.“

Als sicherstes Mittel zur Durchführung der aufgestellten Forderungen erachten die Versammelten aber eine starke Organisation. Sie verpflichten sich daher, mit allen Kräften für die Stärkung der zuständigen Organisation, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter einzutreten.“

Als sicherstes Mittel zur Durchführung der aufgestellten Forderungen erachten die Versammelten aber eine starke Organisation. Sie verpflichten sich daher, mit allen Kräften für die Stärkung der zuständigen Organisation, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter einzutreten.“

Als sicherstes Mittel zur Durchführung der aufgestellten Forderungen erachten die Versammelten aber eine starke Organisation. Sie verpflichten sich daher, mit allen Kräften für die Stärkung der zuständigen Organisation, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter einzutreten.“

Als sicherstes Mittel zur Durchführung der aufgestellten Forderungen erachten die Versammelten aber eine starke Organisation. Sie verpflichten sich daher, mit allen Kräften für die Stärkung der zuständigen Organisation, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter einzutreten.“

Als sicherstes Mittel zur Durchführung der aufgestellten Forderungen erachten die Versammelten aber eine starke Organisation. Sie verpflichten sich daher, mit allen Kräften für die Stärkung der zuständigen Organisation, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter einzutreten.“

Als sicherstes Mittel zur Durchführung der aufgestellten Forderungen erachten die Versammelten aber eine starke Organisation. Sie verpflichten sich daher, mit allen Kräften für die Stärkung der zuständigen Organisation, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter einzutreten.“

Als sicherstes Mittel zur Durchführung der aufgestellten Forderungen erachten die Versammelten aber eine starke Organisation. Sie verpflichten sich daher, mit allen Kräften für die Stärkung der zuständigen Organisation, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter einzutreten.“

Als sicherstes Mittel zur Durchführung der aufgestellten Forderungen erachten die Versammelten aber eine starke Organisation. Sie verpflichten sich daher, mit allen Kräften für die Stärkung der zuständigen Organisation, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter einzutreten.“

Als sicherstes Mittel zur Durchführung der aufgestellten Forderungen erachten die Versammelten aber eine starke Organisation. Sie verpflichten sich daher, mit allen Kräften für die Stärkung der zuständigen Organisation, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter einzutreten.“

Als sicherstes Mittel zur Durchführung der aufgestellten Forderungen erachten die Versammelten aber eine starke Organisation. Sie verpflichten sich daher, mit allen Kräften für die Stärkung der zuständigen Organisation, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter einzutreten.“

Als sicherstes Mittel zur Durchführung der aufgestellten Forderungen erachten die Versammelten aber eine starke Organisation. Sie verpflichten sich daher, mit allen Kräften für die Stärkung der zuständigen Organisation, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter einzutreten.“

Als sicherstes Mittel zur Durchführung der aufgestellten Forderungen erachten die Versammelten aber eine starke Organisation. Sie verpflichten sich daher, mit allen Kräften für die Stärkung der zuständigen Organisation, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter einzutreten.“

Als sicherstes Mittel zur Durchführung der aufgestellten Forderungen erachten die Versammelten aber eine starke Organisation. Sie verpflichten sich daher, mit allen Kräften für die Stärkung der zuständigen Organisation, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter einzutreten.“

Als sicherstes Mittel zur Durchführung der aufgestellten Forderungen erachten die Versammelten aber eine starke Organisation. Sie verpflichten sich daher, mit allen Kräften für die Stärkung der zuständigen Organisation, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter einzutreten.“

Als sicherstes Mittel zur Durchführung der aufgestellten Forderungen erachten die Versammelten aber eine starke Organisation. Sie verpflichten sich daher, mit allen Kräften für die Stärkung der zuständigen Organisation, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter einzutreten.“

Als sicherstes Mittel zur Durchführung der aufgestellten Forderungen erachten die Versammelten aber eine starke Organisation. Sie verpflichten sich daher, mit allen Kräften für die Stärkung der zuständigen Organisation, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter einzutreten.“

Als sicherstes Mittel zur Durchführung der aufgestellten Forderungen erachten die Versammelten aber eine starke Organisation. Sie verpflichten sich daher, mit allen Kräften für die Stärkung der zuständigen Organisation, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter einzutreten.“

Als sicherstes Mittel zur Durchführung der aufgestellten Forderungen erachten die Versammelten aber eine starke Organisation. Sie verpflichten sich daher, mit allen Kräften für die Stärkung der zuständigen Organisation, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter einzutreten.“

Als sicherstes Mittel zur Durchführung der aufgestellten Forderungen erachten die Versammelten aber eine starke Organisation. Sie verpflichten sich daher, mit allen Kräften für die Stärkung der zuständigen Organisation, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter einzutreten.“

Als sicherstes Mittel zur Durchführung der aufgestellten Forderungen erachten die Versammelten aber eine starke Organisation. Sie verpflichten sich daher, mit allen Kräften für die Stärkung der zuständigen Organisation, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter einzutreten.“

Als sicherstes Mittel zur Durchführung der aufgestellten Forderungen erachten die Versammelten aber eine starke Organisation. Sie verpflichten sich daher, mit allen Kräften für die Stärkung der zuständigen Organisation, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter einzutreten.“

Als sicherstes Mittel zur Durchführung der aufgestellten Forderungen erachten die Versammelten aber eine starke Organisation. Sie verpflichten sich daher, mit allen Kräften für die Stärkung der zuständigen Organisation, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter einzutreten.“

Als sicherstes Mittel zur Durchführung der aufgestellten Forderungen erachten die Versammelten aber eine starke Organisation. Sie verpflichten sich daher, mit allen Kräften für die Stärkung der zuständigen Organisation, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter einzutreten.“

Als sicherstes Mittel zur Durchführung der aufgestellten Forderungen erachten die Versammelten aber eine starke Organisation. Sie verpflichten sich daher, mit allen Kräften für die Stärkung der zuständigen Organisation, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter einzutreten.“

Als sicherstes Mittel zur Durchführung der aufgestellten Forderungen erachten die Versammelten aber eine starke Organisation. Sie verpflichten sich daher, mit allen Kräften für die Stärkung der zuständigen Organisation, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter einzutreten.“

Als sicherstes Mittel zur Durchführung der aufgestellten Forderungen erachten die Versammelten aber eine starke Organisation. Sie verpflichten sich daher, mit allen Kräften für die Stärkung der zuständigen Organisation, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter einzutreten.“

Als sicherstes Mittel zur Durchführung der aufgestellten Forderungen erachten die Versammelten aber eine starke Organisation. Sie verpflichten sich daher, mit allen Kräften für die Stärkung der zuständigen Organisation, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter einzutreten.“

Als sicherstes Mittel zur Durchführung der aufgestellten Forderungen erachten die Versammelten aber eine starke Organisation. Sie verpflichten sich daher, mit allen Kräften für die Stärkung der zuständigen Organisation, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter einzutreten.“

Als sicherstes Mittel zur Durchführung der aufgestellten Forderungen erachten die Versammelten aber eine starke Organisation. Sie verpflichten sich daher, mit allen Kräften für die Stärkung der zuständigen Organisation, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter einzutreten.“

Als sicherstes Mittel zur Durchführung der aufgestellten Forderungen erachten die Versammelten aber eine starke Organisation. Sie verpflichten sich daher, mit allen Kräften für die Stärkung der zuständigen Organisation, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter einzutreten.“

Als sicherstes Mittel zur Durchführung der aufgestellten Forderungen erachten die Versammelten aber eine starke Organisation. Sie verpflichten sich daher, mit allen Kräften für die Stärkung der zuständigen Organisation, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter einzutreten.“

## Mißstände auf dem Berliner Schlacht- und Viehhof.

Für den Berliner städtischen Schlacht- und Viehhof ist der Stadtrat Fischbeck Dezernent. Das genügt für jeden Arbeiter, um zu wissen, daß in der Verringerung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die Beschäftigten die Krähwinkel Landwehr das Maß der Dinge angibt.

Bei allen möglichen Gelegenheiten wird die Einrichtung der Arbeiterausschüsse geübt. Damit sei ja den Arbeitern Gelegenheit gegeben, ihren „berechtigten“ Wünschen Ausdruck zu geben. Was aber nützt es den Arbeitern, wenn sie, wie hier z. B. im Juni v. J., sehr berechtigte Wünsche äußern und bis jetzt — 7 Monate später — weder von der Direktion noch vom Kuratorium eine Antwort erhalten haben?

Und selbst ein Stadtrat Fischbeck wird zugeben müssen, daß die gestellten Anträge wohl berechtigt und nur die Abhilfe schreiender Ungerechtigkeiten bezwecken.

Einmal sollte die eingetretene Lohnherabsetzung für die Dungaarbeiter zurückgenommen werden. Zum anderen aber sollte den Arbeitern für die Nachtarbeit zum allermindesten der auch für die Tagesarbeit gewährte Lohn bezahlt werden. Heute noch erhalten Arbeiter bei Tage 4,25 Mk., bei Nacht aber nur 4,05 Mk. für die gleiche Arbeitszeit. Es ist das eine Art und Weise, deren sich jeder Privat arbeitgeber schämen würde. Aus welchen Anstandsregeln heraus der Stadtrat Fischbeck diese Maßnahmen entschuldigen könnte, wären wir neugierig zu erfahren. Wenn aber auf Grund der gegebenen Bestimmungen für die Arbeiterausschüsse eine solche Verschleppungstatistik den allerberechtigten Wünschen und Beschwerden gegenüber möglich ist, dann hat das Wort, daß „dieser“ Einrichtung der Arbeiterausschüsse die Arbeiter kein Vertrauen entgegenbringen können, seine volle Berechtigung. Die Mängel haben ihren Grund in dem heillosen Stämmergeist, der sogar in Manthausenfällen der Arbeiter an deren largem Einkommen spart.

In der Regel arbeiten die Kollegen 7 Tage pro Woche. Sie sind demgemäß auch in der 1. Klasse der Krankenkasse angemeldet. Zahlen also für sieben Tage Beiträge und erhalten für dieselbe Zeit Krankengeld. Der Berechnung des zu zahlenden Differenzbeitrages legt man jetzt aber nur sechs Wochentage zugrunde. Dadurch wird der einzelne Arbeiter entgegen dem erlassenen Stadtverordneten und Magistratsbeschlüssen geschädigt. Als Beweis diene folgendes Beispiel.

A. erhält 21 Mk. für 6 Wochentage. Verdient im Durchschnitt an den Sonntagen 2 Mk. Im Falle der Krankheit zahlt die Krankenkasse für 7 Tage 14 Mk. Zuschuß bei 6 Tagen Lohn 10 Mk. Anstatt des sonst erzielten Durchschnittsverdienstes von 26 Mk. bekommt der Arbeiter nur 24 Mk., also 2 Mk. Lohnabzug. Wenn die Verwaltung in ihrem Interesse das Krankengeld für den Sonntag in Berechnung zieht, müßte sie der Krankheit und des Anstandes wegen auch dasselbe bezüglich des Sonntagsverdienstes der Arbeiter tun. Es wäre also hier, wie in anderen städtischen



Vertrieben längst durchgeführt, der Durchschnittsverdienst von Wochen und Sonntagsarbeit der Berechnung für die Differenzzahlung zugrunde zu legen. Auch bei der Bezahlung der Urlaubswochen wäre dieser Grundtag zu berücksichtigen.

Zu wünschen ist aber, daß etwas schneller als gewöhnlich die Verhältnisse eine Besserung erfahren.

Auf einen Punkt möchten wir aber das Kuratorium dabei besonders aufmerksam machen, der nicht bloß im Interesse der Arbeiter, sondern auch der Berliner Einwohnerschaft geändert werden müßte. Die in den Schlachthäusern tätigen Arbeiter müssen sehr oft nebenbei Mobilen anfahren usw. Den Wunsch der Arbeiter, sofort nach der schweißigen Arbeit baden zu können, hat die Direktion abgelehnt! So müssen die Arbeiter oft wie die Mähren mit den loblenbestäubten Kleidern zwischen den frisch geschlachteten Tieren weiter arbeiten. Hierbei erfahren die Arbeiter von den Schlachtern die größtmöglichen Vorwürfe. Die Berechtigung kann man den Schlachtern hierzu nicht absprechen. Leider kommen die sehr fastigen Kritiken nicht an die richtige Adresse. Vielleicht geschieht das durch diese Zeilen und erfolgt in Rücksicht auf die Schlächter und das konsumierende Publikum die notwendige Abhilfe.

Wenn man an den vorangeführten Einzelheiten sieht, daß die beschriebenen Bestimmungen an sozialer Fürsorge für die städtischen Arbeiter so wenig beachtet und durchgeführt werden, so nimmt es nicht wunder, daß ein Fortschritt auf diesem Gebiete so schwer zu erreichen ist. Die größte Schuld tragen aber die lauen, indifferenten Kollegen, die nicht die Organisation so härten helfen, daß dieselbe achtunggebend diese Punkte des Nichtigwährens bestehender Rechte von vornherein durchkreuzen kann. Es genügt eben nicht, durch die Organisation etwas an Rechten zu erwerben, sondern die Erzeugnisse müssen auch durchgeführt werden. Eventuell muß dies überall kontrolliert werden. Dann erst, wenn eine starke, alle Kollegen umfassende Organisation die ererbten Positionen allen Verschlechterungsgelüsten zum Trotz energisch behaupten und verteidigen kann, werden wir erfolgreicher als bisher die Durchsetzung unserer berechtigten Forderungen erzwingen können.

## Die Breslauer Schlacht- und Viehhofsverwaltung

gehört zu den rückständigsten Betrieben in Breslau. Das will viel sagen bei der ziemlich allgemeinen Rückständigkeit der Breslauer Betriebe. Am Schlacht- und Viehhof ist es aber am schlimmsten, und am besten kann man diesen Betrieb mit einem ostelbischen Gutsbezirk vergleichen!

Weden wir erst gar nicht lange von den Löhnen, das ist ein ganzes Kapitel für sich. Soviel sei nur heute gesagt, daß sie erst vor etwa Jahresfrist den ortsüblichen Tagelohn für erwachsene männliche Arbeiter erreichten. Auch bei den gelernten Arbeitern liegen die Verhältnisse nicht besser. Wenigstens nicht viel. Zuschläge zu den Nebenstunden und Nachtarbeit, Sonntagsarbeit usw. werden noch heute nicht gezahlt! Dabei hat der Breslauer Magistrat schon vor einem Vierteljahr darüber verfügt. Bekanntlich in dem Sinne, daß Zuschläge gezahlt werden sollen. Alle übrigen Verwaltungen handeln danach, die Verwaltung des Schlacht- und Viehhofs aber kennt bis jetzt offenbar diese Verfügung noch nicht, oder hat ihr der Magistrat etwa nichts zu sagen?

Heute wollen wir nur einmal über die Behandlung der Arbeiter sprechen. Zur Behandlung sei zunächst bemerkt, daß der Umgangston ein durchaus militärischer ist. Strammstehen, Meldungen mit abgezogener Mütze usw. fallen schon gar nicht mehr auf. Schlimmer ist es schon, wenn die Arbeiter gerüffelt werden. Da wird es mitunter recht lebhaft, das heißt nur einseitig, von Seiten der Vorgesetzten. Die Arbeiter müden nicht. Wir sind eben in Ostelbien! Auch eine sehr ruhrende Fürsorge für die private Tätigkeit der Arbeiter zeichnet die Beamtenhaft des Breslauer Schlacht- und Viehhofs aus. Da erkundigt man sich, wann Versammlungen waren, wer da war, was gesprochen wurde, ob jemand beirat usw. — Bekommt man einen solchen Zunder heraus, dann kann dieser sich freuen. Es gibt keine so schlechte Arbeit, die dieser Vorwand nicht beläme, auch wird er auftritt und Schritt beobachtet, selbst die Befriedigung seiner natürlichsten Bedürfnisse wird unter Kontrolle und Kritik gestellt. Wehe ihm, wenn er etwa zulange auf „Tante Weber“ war, das ist schon Minderungsgrund gewesen!

Wie das kommt, daß die Vorgesetzten so gar schwarz sind? Einmal sind es fast durchweg Militäranwärter oder doch Aspiranten darauf gewesen. Da ist ein ehemaliger Nachtmeister,

zwei ehemalige Gendarmen, ein früherer Gefängniswärter usw. Die letzten drei Herren sollen ihre geplante Karriere „nicht ganz freiwillig“ aufgeben haben. Aber trotzdem hat sie die Verwaltung des Breslauer Schlacht- und Viehhofs für geeignet gefunden. Ueber den Gesichtswinkel läßt sich nicht streiten.

Aber die Arbeiter? Warum lassen sie sich das gefallen? Nun, das ist eben das Wunderbare. Sie wissen fast alle, wer und was ihre Vorgesetzten waren und sind und dennoch die Hundedemut! Die Leiter des Betriebes, speziell die Inspektoren und vor allem der Maschinenmeister (Seifert benamset) billigen die Heberart der Unterbeamten und haben noch nie Einsprüche abgestellt. Von einem Koalitionsrecht der Arbeiter wissen die Herren offenbar nichts. Trotz aller diesbezüglichen Reden unseres Oberbürgermeisters!

Doch wie ist uns denn, haben wir nicht in Breslau Arbeiterausschüsse? Freilich haben wir die, auch der Schlacht- und Viehhof hat einen, aber wer sind denn die Vertreter? Da liegt nun der Hund begraben. Der Ausschuß ist der einzige in Breslau, welcher in die Hände der vereinigten „Christlichen“, richtiger der „Katholischen Fachabteilungen“ gefallen ist.

Na und wer wird von den katholischen Fachvereinigern Kammermut und Energie erwarten? Wie sagte doch der als Präses des katholischen Fachvereins fungierende Kaplan in Allenstein? „Die Haupttugenden des katholischen Fachvereiners sind: Demut, Bescheidenheit und Anspruchslosigkeit!“

Könnt Ihr, Kollegen im Reich, nun verstehen, warum die Arbeiter des Breslauer Schlacht- und Viehhofs soweit zurück sind? Die Gehirnerkälterung im katholischen Fachverein hat eben seine Wirkung ausgeübt. Freilich arbeiten wir hier emsig daran, die Kollegen des Schlacht- und Viehhofs aufzuklären. Aber es ist eine Noharbeit. Trotzdem werden und müssen wir sie berichten, und wir hoffen auch, daß die Zeit nicht mehr allzulein ist, wo wir am Breslauer Schlacht- und Viehhof jagen können: „Der Kibel ist verschwunden, es ist Tag geworden!“

K.

## Die Stadt Magdeburg als Arbeitgeberin.

Alljährlich zu Beginn des Winters oder des Frühjahres macht sich je nach Art des Betriebes eine vermehrte Arbeitereinstellung oder eine Einschränkung von Arbeitskräften notwendig. Diese Fluktuation in den verschiedenartigen Betriebszweigen wird von den Arbeitern natürlich unangenehm empfunden. Sind Angebot und Nachfrage nach der Natur des Betriebes nicht zu umgehen, so können bei einigermaßen gutem Willen diese Härten des Arbeitswechsels und der Arbeitslosigkeit wesentlich herabgemildert werden. Welche Bedeutung das Wort arbeitslos in der Familie des Arbeiters hat, braucht wohl hier nicht näher erörtert zu werden. In den Familien der städtischen Arbeiter wird dies um so mehr empfunden, als von den Löhnen wirklich keine Ersparnisse gemacht werden können. Dies haben auch unsere Kollegen erkannt und durch die Arbeiterausschüsse dem Magistrat den Vorschlag auf Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises machen lassen. Es sollte eine Stelle geschaffen werden, die das Angebot und die Nachfrage in allen Betriebszweigen regelt, was nur im Interesse der Arbeiter wie des Magistrats liegt, der sich durch diese Einrichtung stets einen festen Stamm von Arbeitern erhalten kann. Die Stadtverwaltung lehnte aber diesen Antrag ab, da er weder notwendig noch zweckentsprechend sei. Der bereits bestehende Arbeitsnachweis sei die geeignetste Vermittlungsstelle. Der Nachweis für diese Behauptung ist noch nicht erbracht und wird auch nie beigebracht werden können. Würde die Leitung des Arbeitsnachweises einmal die Zahlen der Vermittlung innerhalb der städtischen Verwaltungsbezirke bekanntgeben, so würde aller Voraussicht nach genau das Gegenteil bewiesen werden.

Etwas anderes läßt eben jetzt bei der Anstellung des Etats in Erwägung. Wir wollen nur den der Friedhofverwaltung herausgreifen. Bei diesem ist ein Ueberschuß von 73500 Mark zu verzeichnen. Nicht zuletzt wird dieser Ueberschuß auf Kosten der Arbeiter erwirtschaftet. Jeder Vorgesetzte ist bestrebt, recht viel zu sparen. Das erste Mittel zu diesem Zwecke sind die Entlassungen, die jetzt vor Weihnachten wieder vor sich gegangen sind. Im Frühjahr waren auf dem Südfriedhof 86 Mann beschäftigt, jetzt nur 7 bis 8 Arbeiter einschließlich der Gärtner. Es könnte vielleicht eingewendet werden, daß nicht mehr so viel Arbeit vorkommt, um eine größere Anzahl zu beschäftigen. Das Gegenteil wird aber jeder Fachmann bezeugen müssen. Bei den Rechnungen allein würde eine ganz nennenswerte Zahl von An-

gestellten Verwendung finden können. Die Entlassungen müssen den Anschein erwecken, als seien sie nur aus Sparmaßnahmen erwirkt, um den Etat zu balancieren. Von der Gartenverwaltung auf dem Meien Horn ist ähnliches zu berichten. Dort kann man mit Mühe und Not im Sommer kaum Arbeiter bei den minimalen Löhnen erhalten. Glaubt nun der Arbeiter, ein gewisses Anrecht auf Weiterbeschäftigung zu haben, so hat er sich ebenso gründlich wie bei einem Privatunternehmer getirt. Auch hier sind 60 Mann vor Weihnachten und zu Silvester entlassen worden.

Vorfälle nach all diesem die wirklich „geeignete“ Vermittlungsfälle, bei der die Betriebsleiter ihren Bedarf von Arbeitskräften anzumelden hätten, damit eine Ueberweisung von entbehrlichen Arbeitern aus dem einen zum anderen Betriebe erfolgen könnte, so würden diese Entlassungen, wenn auch nicht ganz, so doch zum größten Teil vermieden werden. Die Vermehrung der Reservearmee der Arbeitslosen durch den Magistrat ist einer Kommune unwürdig.

Andere Stadtverwaltungen fassen ihre Aufgabe auch von ganz anderem Standpunkt auf. Sie entlassen städtische Arbeiter nicht, sondern sorgen für vermehrte Arbeitsgelegenheit durch Rotstundearbeiten. Das letztere soll nun ja auch in Magdeburg geschehen. Die Stadt Straßburg i. E. hat kürzlich den Beschluß gefaßt, Arbeitsgelegenheit für 730 bis 800 Arbeiter durch Rotstundearbeiten zu schaffen. Auch sollen für städtische Arbeiter in Anbetracht der Feuerungsverhältnisse Lohnerhöhungen eintreten. Von Feuerungszulagen ist in Magdeburg keine Rede. Die Ablegung von Arbeitern und die mögliche Niederhaltung der Löhne kommen ja dem Etat zugute. Eine Stadtverwaltung hat aber wesentlich andere Aufgaben als Arbeitgeberin wie ein Privatunternehmer. Das Herauswirtschaften möglichst hoher Ueberträge aus den Betrieben auf Kosten der Arbeiter kann und darf nicht oberster Grundsatz einer von sozialpolitischem Geiste beherrschten Stadtverwaltung sein, soll sie nicht in den Ruf sozialer Rückständigkeit kommen.

Bei dieser Gelegenheit sei die beabsichtigte Anfrage gestellt, ob es nicht möglich ist, bei dem Uebertrag von 73500 Mk. bei der Gartenverwaltung Unterkunftsräume für die Arbeiter bei Regenwetter usw. zu errichten. Die jetzt bestehenden sind zu diesem Zwecke völlig ungenügend. Erhebliche Einbuße würde dadurch der Etat nicht erleiden. Es hätte jedenfalls viel mehr im Interesse der Kommune Magdeburg gelegen, wenn dem Vorschlag der Arbeiter auf Errichtung eines gemeinsamen Arbeitsamtes näher getreten worden wäre. Hier wäre dann die „geeignete“ Stelle geschaffen, die Angebot und Nachfrage der einzelnen Verwaltungszweige in einwandfreier Weise regeln könnte.

It auch die Finanzlage der Stadt Magdeburg keine besonders günstige zu nennen, so gibt es doch andere Mittel und Wege als Entlassungen, um das Defizit einigermaßen wieder wettzumachen. R. Str.

### Zur Lage der Gasarbeiter in Spandau.

Wie überall, so macht sich auch hier die Teuerung ganz besonders bemerkbar. Die Preise für Fleischwaren und Bedarfsartikel sind ganz rapide in die Höhe geschwollen. Die Wohnungsmieten und Feuerungsmaterial, selbst die Steuern sind für viele Arbeiter fast unerträglich geworden, und das alles zu einer Zeit, wo Tausende von Arbeitern ohne Beschäftigung sind und nicht wissen, wie sie aus dieser elenden Lage herauskommen sollen. Daß unter den Teuerungsverhältnissen auch die hiesigen Gasarbeiter zu leiden haben, bedarf wohl nicht erst der besonderen Betonung. Haben sie sich doch infolge derselben schon des öfteren mit der Verbesserung ihrer Lage beschäftigt. Allerdings waren sie zur Stellung bestimmter Forderungen noch nicht gelangt, neuerdings freilich, nachdem sie sich weiter zusammengeschlossen, sind sie dieser Frage mehrmals nähergetreten. In der Versammlung vom 23. Januar beschäftigten sich nun die Kollegen eingehend mit der Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen, und die Mehrheit brachte folgende Forderungen zur Anregung: Für Feuerhausarbeiter statt Stundenlohn von 65 Pf. pro Tag 5,20 Mk., einen Wochenlohn von 39 Mk. und Entschädigung der Sonn- und Feiertagsarbeit mit 25 Proz. Aufschlag. Außerdem Stellung eines Reserveannes zum Notlösen. Die Hofarbeiter, die bei zehnständiger Arbeitszeit noch immer einen Stundenlohn von 40 Pf. erhalten, möchten ebenfalls Wochenlohn, und zwar von 27 Mk., steigend jährlich um 1 Mk. bis zum Bedarf von 30 Mk.; des weitern den Reinwandnerarbeitstag und Vergütung der Sonn- und Feiertagsarbeit, wie die Feuerhausarbeiter. Von der Abfertigung dieser Forderungen an den Magistrat nahm man jedoch

Abstand, da die Etatberatungen schon zu weit vorgeschritten sind und die Frist seit der letzten Lohnerhöhung und der Einführung des Achtstundentages als zu knapp für die Stellung neuer Forderungen bezeichnet wurde.

Auch sind neuerdings noch einige Erfolge zu verzeichnen, die mit Hilfe der Organisation durchgedrückt wurden. So erhalten sämtliche städtische Arbeiter einen Zentralarbeitersauschuss, der aller Wahrscheinlichkeit nach am 1. April d. J. zur Einführung gelangt. Für die Gasarbeiter werden neue Unterkunftsräume und Padeinrichtungen erbaut, wodurch die jetzigen, die sich nicht gerade in einem lobenswerten Zustand befinden, beseitigt werden. Uebrigens erhalten die Arbeiter zukünftig auch Kaffee. Man ist sich nur an maßgebender Stelle noch nicht ganz einig, ob 75 Liter ausreichen und ob derselbe unentgeltlich geliefert werden soll. Letzteres halten wir doch für selbstverständlich; denn sonst hätte diese Einrichtung doch wirklich wenig Zweck. Dies alles verursacht selbstverständlich eine Reklamsgabe im Etat. Das will natürlich gegenüber dem Uebertrag, den die Gasanstalt in diesem Jahre in Höhe von 104 172,66 Mk. erzielte, wenig besagen. Ist doch dieser Uebertrag mehr oder weniger auf die Tätigkeit der Arbeiter zurückzuführen. Entgemäß sprachen sich auch die Kollegen in der am 11. Januar d. J. abgehaltenen und sehr gut besuchten Versammlung aus. Kollege Hentschke Berlin gab hier einen Überblick von der jetzigen Situation, und einige Redner verlangten ganz energisch eine Besserstellung der Hofarbeiter. Stadtv. Piesch (Soz.) erklärte, daß zurzeit keine Aussicht vorhanden ist, unsere Wünsche zur Geltung zu bringen, auch herrsche momentan eine sehr schlechte Konjunktur. Piesch hob noch hervor, daß man zwar von Seiten der Behörde nicht abgeneigt sei, für die Hofarbeiter den neunstündigen Arbeitstag einzuführen, aber nur unter der Bedingung, wenn sie ihre Arbeit für 40 Pf. pro Stunde verrichten. Das läme natürlich einer Verschlechterung ihrer immerhin doch recht traurigen Lage gleich. Er ersuchte deshalb, die „berechtigten Wünsche“ zu geeigneter Zeit den Behörden zu unterbreiten. An seiner Unterstützung soll es nicht fehlen. Auf Grund dieser Aussprachen nahmen die Kollegen von der Aufstellung der vorerwähnten Forderungen Abstand und beschloßen, ihre Forderungen im nächsten Jahre rechtzeitig einzureichen, dies Jahr aber durch eine dreigliedrige Kommission bei der Direktion vorstellig zu werden, damit für die verheirateten Arbeiter die Nohle zum Einkaufspreis und der Nohle zum Engrospreis geliefert werde.

### Außerordentlicher Kongreß der „Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften“.

Vom 22. bis 25. Januar tagten in Berlin die Vorkonferenzen. Als wichtigster Punkt stand auf der Tagesordnung die Stellungnahme zu dem Beschlusse des sozialdemokratischen Parteitagess über die Fortsetzung der Einigungsverhandlungen mit den Zentralverbänden. Dem Kongreß lag ein Rechenschaftsbericht der Geschäftskommission vor, dem wie folgendes entnommen: Ende Dezember 1906 gehörten der Freien Vereinigung 190 Organisationen mit 16 161 Mitgliedern an. Ende September 1907 waren es 203 Organisationen mit 17 296 Mitgliedern. An die einzelnen Organisationen sind folgende Mitgliederzahlen angegeben: Maurer 3316, Metallarbeiter 3010, Zimmerer 2941, Bauarbeiter 2316, Büchsenmacher 100, Saddler 20, Klempner 760, Glaser 116, Arbeiterverein Rürth 9, Gemeindefarbeiter Rürth 220, Holzer 855, Müchler 502, Maler 183, Mühlenarbeiter (Raubheim) 16, Musikinstrumentenarbeiter 835, Kleber 70, Stukkateure 20, Vereinigung sämtlicher Berufs (Wörth) 29, desgleichen Stuttgart 12, Ledwingschäfer 100, Schuh- und Postbaner 556, Töpfer 560, Tischler 193, Tapezierer 100, Weber (Arefeld) 215, Weber (Schücheln) 145, Weber (Aischeln) 22, Weber (Pönnel) 22, Zink- und Bleischafer 60. - Von den angeschlossenen Organisationen wurden im Jahre 1906 99 Streiks mit 2126 Beteiligten geführt, ferner fanden 14 Aussperrungen mit 56 Personen statt. Im Jahre 1907 werden verzeichnet 98 Streiks mit 6177 Beteiligten und 21 Aussperrungen mit 1179 Beteiligten. Die Streiks im Jahre 1906 kosteten 86 054 Mk., die im Jahre 1907 geübten Streiks ersparten 293 301 Mk., für die Aussperrungen wurden ausgegeben im Jahre 1906 2010 Mk., im Jahre 1907 98 325 Mk.

Nach Eröffnung des Kongresses durch Walter schlägt derselbe eine Protestresolution gegen die Berliner Polizeiwilktur und für die um ihre Rechte kämpfenden demonstrierenden Arbeiter vor, die einstimmig angenommen wird. - Schon beim Bericht der Mandatsprüfungskommission kommt es zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den Einigungsanhängern und den Gegnern. Wider alle Erwartungen setzen die letzteren die Anerkennung der Delegierten aus den Einzelvereinen durch, um so für sich eine „große“ Majorität bei den bezüglichen Beschlüssen zu erzielen. Fast wäre den Einigungsanhängern überhaupt die weitere Teilnahme



am 2. Punkt der Tagesordnung: „Beschluss des sozialdemokratischen Parteitag in Essen bezüglich der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften“ verboten werden, wenn nicht der Vorsitzende Mater ausdrücklich darauf hingewiesen hätte, daß etwaige Programmänderungen erst beim 3. Punkt verhandelt würden und hier allerdings die Anteilnahme der Einigungsfreunde nicht mehr erforderlich sei. In der lebhaften Debatte über die Tätigkeit der Geschäftskommission und Redaktion wurde gerügt, daß manche der Freien Vereinigung angeschlossenen Organisationen die Solidarität bei Streikunterstützungen vernachlässigen, und gerade solche Organisationen, die sich als besonders radikale Vertreter der Arbeiterinteressen aufspielen. Es wurde auch scharf kritisiert, daß die Vereinigung der Betonarbeiter Mitglieder aufgenommen habe, welche ihrer bisherigen Organisation den Rücken kehrten, um die Extrabeträge beim Bauarbeiterstreik nicht zahlen zu brauchen. Der Redaktion der „Einigkeit“ wurde zum Vorwurf gemacht, sie nehme keinen eigenen Standpunkt ein, sondern gebe den widersprechendsten Richtungen Raum. Besonders seien einige Anhänger der anarcho-syndikalistischen Richtung als eifrige und unbezahlte Mitarbeiter tätig und hätten durch ihre Artikel unter den Mitgliedern Uneinigkeit erregt. Mater verteidigte die Geschäftskommission gegen die Kritik ihrer Haltung in der Einigungsfrage. Über den Beschluss des Essener Parteitag bezüglich der Einigung referierte Mater. Er erklärt es als einen Mangel, daß innerhalb der Freien Vereinigung fast nirgends prinzipielle Bedenken gegen die Einigung erhoben wurden. Dann führte er aus, es bestehe immer noch ein prinzipieller Gegensatz zwischen den Grundfragen der Freien Vereinigung und denen der Verbände. Gehl (Maurer) tritt warm für die Einigung ein und sagte unter anderem: Die Vertretung unserer sozialdemokratischen Anschauungen ist uns in der Freien Vereinigung fast unmöglich gemacht worden. Als der Reichstag aufgelöst war, machte es uns große Schwierigkeiten, einen Artikel zum Nutzen der Reichstagswahl in die „Einigkeit“ zu bringen. Wir konnten das erst dadurch ermöglichen, daß der Artikel so abgefaßt wurde, daß selbst die Gegner des Parlamentarismus nichts dagegen einwenden konnten. In den Reichstagswahlen brachte die „Einigkeit“ überhaupt keinen Artikel. Ferner hat es die Geschäftskommission abgelehnt, der „Einigkeit“ ein vom Parteivorstand herausgegebenes Flugblatt zugunsten der Wahlrechtsbewegung beizulegen. Nach vielem Für und Wider legte unter anderem Heglin die völlige Zerfahrenheit der Freien Vereinigung klar und berichtete über den Rückgang der Mitglieder. Im Jahre 1901 hatte sie 19 700 Mitglieder, in den folgenden Jahren 14 200, 12 600, 14 700, 16 600 und 1907 waren es 17 000 Mitglieder. Der Zuwachs im letzten Jahre sei dem Beitritt der Metallarbeiter zuzuschreiben, und trotzdem sei die Zahl von 1901 nicht wieder erreicht. Die alten Organisationen, welche den Kern der Freien Vereinigung bilden, wo seien die geblieben. Diese und noch andere Gründe sprechen für den Auflösungsantrag.

Nach dem Schlußwort Meters wurde der Antrag: die Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften aufzulösen, mit 88 gegen 48 Stimmen abgelehnt.

Darauf verlas Gehl folgende von einer Anzahl Delegierter unterzeichnete Erklärung:

„In bezug auf den Beschluss des Kongresses, der die notwendig gewordene Zusammenfassung der Masse der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter im Kampfe zwischen Kapital und Arbeit verhindert und somit das Fortbestehen der Freien Vereinigung der Gewerkschaften ermöglichen will, sind die unterzeichneten Delegierten gezwungen, den Kongress zu verlassen und die bisherige Verbindung mit der legitimen Zeitung dieser gewerkschaftlichen Richtung aus folgenden Gründen zu lösen:

Die politische Entwicklung der Freien Vereinigung der Gewerkschaften nach dem 7. Kongress 1906 läßt klar erkennen, daß sie im Gegensatz zu ihrem Programm einen Weg eingeschlagen hat, der sie mit Sicherheit dem Syndikalismus bzw. Anarchismus weiter entgegenführt.

Diese Entwicklung wird legisderweise die Verschärfung und Exzitierung des Kampfes der zurückbleibenden Vertreter und Organe der Freien Vereinigung der Gewerkschaften gegen die sozialdemokratische Partei und ihre Taktik im Kampfe gegen die herrschenden Gewalten zur Folge haben, den die Unterzeichner dieser Erklärung, ihrer Ueberzeugung gemäß, auf keinen Fall mitmachen können noch wollen.

Die unterzeichneten Delegierten ziehen es deshalb vor, unter Wahrung ihrer politischen Grundfrage, die im Einklang stehen mit dem bisherigen Programm deutscher Gewerkschaften und dem der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, dabin zu wirken, daß die Mitglieder ihrer Organisationen sich derjenigen Gewerkschaft anschließen, die mit der sozialdemokratischen Partei gemeinsam den Emanzipationskampf der Arbeiter führen will und die Beschlüsse der Parteitage und der Internationalen Kongresse als für sie bindend anerkennt.

Wir verlassen den 8. Kongress in der Ueberzeugung, auch ferner treu zum Sozialismus zu halten und ihn nach Kräften auch außerhalb des Rahmens der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften zu propagieren.

An alle Genossinnen und Genossen richten wir das dringende Ersuchen, unserem Beispiel zu folgen und dazu beizutragen, daß eine einheitlichen Arbeiterbewegung auf dem Boden des Sozialismus die Wege geebnet werden können.“

Für die Auflösung haben die Maurer, Isolierer, Steinholzleger Schiffbauer geschlossen gestimmt, die Zimmerer und Bauarbeiter zum Teil. Wiesenthal hat gleichfalls für die Auflösung gestimmt, doch behauptete in einer Erklärung Schröder, die Metallarbeiter seien gegen die Auflösung. Wiesenthal habe nur seine persönliche Meinung und seine persönlichen Interessen vertreten. — Die Beratung über das Programm ging schnell vorstatten. Es wurde wieder das Programm des 7. Kongresses als Grundlage anerkannt. — Für die Schaffung eines täglich erscheinenden Preßorgans soll laut angenommener Resolution agitiert werden. In die Geschäftskommission werden Mater, Kleinlein, Thieme, Schonheim, Zuppenlaß gewählt, ersterer als Vorsitzender und Redakteur der „Einigkeit“.

Wir haben die Verhandlungen etwas ausführlicher wiedergegeben, damit unsere Kollegen sich ein klares Bild machen können von diesen immerhin bedeutungsvollen Vorgängen im deutschen Gewerkschaftsleben. Dem von uns des öfteren eingenommenen Standpunkt bezüglich der Lokalistik haben wir wenig hinzuzufügen. In einer Zeit, da das Unternehmertum alle politischen, religiösen und sonstigen Meinungsverschiedenheiten zurückstellt und gegen das Proletariat mobil macht, in einer Zeit, wo wir in und vor Kämpfen mit dem Kapital stehen, sollte der feste einheitliche Zusammenschluß in den modernen Zentralverbänden eine Selbstverständlichkeit sein. Wieder haben das jetzt einige Tausende richtig begriffen und stoßen zu uns. Möge dem trübseligen Rest der Zurückbleibenden bald die Erkenntnis ihrer verfehlten Existenz dämmern, sonst werden es ihnen die ehernen Verhältnisse mit Gewalt beibringen! Unseren Berliner Markthallenarbeitern und Nürnberger Kollegen aber rufen wir zu: Es ist Zeit, Einkehr zu halten! Stellt Euch endlich auf den Platz, auf den Ihr gebt: In die Reihen Eurer organisierten Arbeitsbrüder!

## Notizen für Gasarbeiter.

Berlin. Die Kollegen vom Gaswert Schmaragdendorf hielten am 7. Januar im Luisenpark, Wilmerdorf, ihre Generalversammlung ab. Kollege Kappeler erstattete den Jahresbericht. In 34 Versammlungen resp. Sitzungen wurden die notwendigen Arbeiten erledigt. Davon waren 13 Schichtbesprechungen, 12 Vertrauensmännerversammlungen, während die übrigen Versammlungen allgemeiner Natur waren. Die hierbei entwickelte Werbearbeit für die Organisation zeitigte das erfreuliche Resultat, daß die Mitgliederzahl am 1. Januar 1907 194 betrug und am 1. Januar 1908 die Zahl von 200 erreicht hatte. Tiefen Wehstand zu sichern, ist nun unsere erste Aufgabe. Die vorgenommenen Neuwahlen ergaben, daß der Kollege Kappeler als erster und der Kollege Kuhn als zweiter Obmann, der Kollege Künzberg als Schriftführer gewählt wurden. Die beiden erteren fungieren auch als Delegierte für die erweiterte Verwaltung. Als Vertrauenssammler wurden bis auf drei neugewählte Kollegen die bisherigen wiedergewählt.

Breslau. Hierorts unterstehen einer Verwaltungsdirektion alle Gaswerte. Innen wie Außenbetrieb, Rohrnetz und Laternenwärter. Für alle Gruppen besteht ein Arbeiterausschuß. Die Gasarbeiter wählen vier Vertreter, die in den Kommissionsinspektionen beschäftigt sind, zwei die Rohrleger einen und die Laternenwärter zwei, so daß der ganze Ausschuss aus neun Personen besteht. Einigen Gruppen sind nur die Gasarbeiter und die Einigermaßen gut organisiert sind nur die Gasarbeiter und die Arbeiter der Kommissionsinspektionen, jedoch dagegen die Laternenwärter und Rohrleger. Es ist nun recht interessant zu sehen, wie dieser Zustand der Verwaltung bekannt ist und sich bei ihren Maßnahmen den Arbeitern gegenüber äußert. So erreichten die Gasarbeiter — das wie Feuerarbeiter — gelangt auf das ihnen vom Verbands gelehrte Material eine ganze Reihe von Verbesserungen. In erster Stelle bekanntlich den Achtstundentag, dann aber auch Lohnzulagen, Arbeits erleichterungen und so weiter. Ähnliche gelang den Anachoren der Kommissionsinspektionen in Lohnfragen, höherer Zahlung der Ueberstunden, Sonntagsarbeit usw. Leer aumen dagegen im wesentlichen die Rohrleger und Laternenwärter aus! Wohl verstanden die Vertreter der genannten Berufe ihre Beschwerden und Wünsche zum Ausdruck zu bringen und fanden dabei auch die Unterstützung



der anderen Kollegen. Aber die Vertreter der Verwaltung gingen im Gegensatz zu den anderen Verufen fast gar nicht darauf ein. Da den Laternenwärttern wurde von einem Inspektor kurz und schön erklärt: „Die Laternenwärtter sind mein minderwertige und nicht vollberechtigte Arbeiter, haben sehr viele Krüppel und Invaliden unter sich, die überhaupt froh sein können, daß wir sie beschäftigen.“ Dabei müssen aber alle dieselbe Arbeit, darunter doch die überaus aufreibende Nacharbeit, täglich verrichten! Man weiß eben verwaltungsseitig genau, daß die überwiegende Mehrheit der Arbeiter wie der Laternenwärtter noch nicht organisiert ist. Ebenso sieht man es auch an der Begründung der gestellten Anträge. Dabei die bezeichnende Behandlung. Zunächst, deutlicher kann es den oft erwähnten Verufen nicht vor Augen geführt werden, wie in dieser Behandlung. Den Organisierten Zulagen, den Unorganisierten Lohn und Nichtbeachtung! Ob nun endlich die Breslauer Laternenwärtter und Arbeiter die Kampfanwendung aus diesen Vorgängen ziehen werden? Oder werden sie weiter das Objekt der Verleumdung der Verwaltung bilden?

**Galle.** Die Gasarbeiter hielten am 21. Januar eine Protestversammlung ab, die von vollzählig von zwei Schichten besetzt war, und auch die dritte Schicht erschien gegen 11 Uhr vollzählig und erklärte sich mit den gefassten Beschlüssen der beiden anderen Schichten einverstanden. Der Gauleiter, Kollege Vertbold-Vergas, hatte das einleitende Referat übernommen. Es handelte sich um die beschimpfenden Ausrufungen der Stadtverordneten gegenüber den städtischen Arbeitern. Die Diskussion war eine zum Teil sehr erregte, da die angeklagten Schmach und die Zurückweisung der berechtigten Forderungen alle Gasarbeiter als schwere Beleidigung empfanden. Dr. von Derra v. Dollo so ins Vorderstreifen gestellten „Wohlfahrts-Einrichtungen“ fanden zum Teil eine vernichtende Kritik und die vorachtaben Beschwerden über die Wadeneinrichtung, Wirkung der Wohlfahrts-Einrichtung bei Krankheiten, der Ferien usw. rechtfertigten die Kritik. Bezeichnend ist, daß die Radfahrerinnen und Heizer noch die 12stündige Wechselarbeit haben, so daß pro Woche 90 Stunden Arbeitszeit vorauskommen. Und solche Arbeiter bei ihrer schweren Arbeit nennt Herr Giese „Kaulenzer! Die Erregung war so stark, daß der Vorsitzende gemacht wurde, „den Armpel gleich hinzuschmeißen“. Schließlich wurde folgende Resolution einstimmig von allen drei Schichten angenommen: „Die am 21. Januar im Restaurant zur goldenen Kette versammelten Gasarbeiter nehmen mit Entrüstung Kenntnis von der Behandlung des Antrages der Gasarbeiter auf Zahlung der Wochenlohnentage und protestieren entschieden gegen eine derartige Verabschiedung ihrer Petition. Ferner protestieren die versammelten Gasarbeiter gegen die Beleidigungen des Stadtverordneten Giese, welcher im Stadtparlament die Gasarbeiter als Kaulenzer bezeichnete. Die Versammelten verlangen, daß der Herr Giese bei nächster Gelegenheit die ausgesprochene Beleidigung wieder zurücknimmt. Außerdem verlangen die Gasarbeiter, daß ihre eingereichte Petition um Lohnerhöhung so schnell wie möglich zur Beratung kommt, sind nicht gewillt, noch länger auf Antwort zu warten, sondern werden gegebenenfalls für ihre Forderung einzutreten müssen. Die Versammelten beauftragen eine Kommission, bestehend aus drei Mann und dem Verbandsvertreter, am heutigen Tage beim Bürgermeister Dr. Rive vorstellig zu werden, um Auskunft zu verlangen über ihre eingereichte Petition und Herrn Dr. Rive zu veranlassen, beim Herrn Stadtverordneten Giese dahin zu wirken, daß dieser den beleidigenden Ausdruck „Kaulenzer“, womit nur die städtischen Arbeiter gemeint sein können, zurücknimmt.“ Das Resultat der Verhandlung vom 25. Januar mit dem Herrn ersten Bürgermeister? Die Kommission begab sich in Begleitung des Gauleiters zu Herrn Dr. Rive. Derselbe stellte sich aber, nach dem Beispiel des Oberbürgermeisters Vender von Breslau und nach dem Muster der meisten Großunternehmer, auf den Standpunkt, daß er nur mit „seinen“ Arbeitern verhandle, nicht aber mit „Mittelspersonen“. Da aber die Versammlung ausdrücklich verlangt hatte, daß Gauleiter Vertbold zu den Verhandlungen zugezogen werde, die Kommissionsmitglieder auch Herrn Dr. Rive darauf aufmerksam machten, ohne daß letzterer von seiner Weigerung zurücktrat, verließ der „Empfang“ ohne alle Resultate. Die Gasarbeiter werden erneut zu diesem „Empfang“ Stellung nehmen.

**Aus unserer Bewegung.**

**Berlin.** Revierinspektionen. In unserer Generalversammlung vom 21. Januar erstattete die Gruppenleitung Bericht über das vergangene Jahr. Zur Erledigung der Geschäfte waren notwendig: 7 Vorstandssitzungen, 7 Vertrauensmannerversammlungen mit den Arbeiterauschüßmitgliedern, 1 Mitgliederversammlung und mehrere öffentliche Versammlungen. Außerdem fanden noch 72 Revierbesprechungen inklusive Gruppenversammlungen für den Arbeiterauschüß statt. Aufgenommen wurden im vergangenen Jahre 161 Mitglieder, Bestand war 687, ausgeschieden 128, blieb ein Mitgliedbestand von 720. Ferner machten sich am Schlusse des Jahres für 2 Ausschüßmitglieder Ersatzwahlen notwendig, und an die Stelle der Ausgeschiedenen sind die Kollegen M. Prepercki

für die 4. und Kollege K. Förgler für die 5. Auschüßgruppe gewählt. Im neuen Jahre gilt es vor allen Dingen, die im alten Jahre unerledigten Anträge zu verwirklichen. Dazu ist aber unbedingt notwendig, daß mehr Einheit, mehr Kollegialität geübt und gepflegt wird. Aus den einzelnen Revierbesprechungen, welche zum Zwecke einer größeren Stabilität abgehalten wurden, ergab sich, daß häufig persönliche Motive eine Rolle spielten. Aufgabe aller muß es sein, das persönliche Motiv auszuschließen und die Interessen des einzelnen unter die Interessen der Gesamtheit unterzuordnen. Unbedingte Notwendigkeit ist also: Mehr Vertrauen zur Organisation, mehr Kollegialität, mehr Solidarität, dann wird auch die Zukunft mehr Erfolge bringen. In den Vorhand wurden gewählt: D. Becker, 1. Vorsitzender, P. Timm, zum Stellvertreter und G. Wittbandt als Schriftführer; in die erweiterte Verwaltung Kollege Becker, P. Timm, Wittbandt und Piotraschke. Unter Vorsitzendem wurde angeregt, einen Vortrag von Prof. Ardenhold in einem größeren Saale halten zu lassen, mit daran anschließendem gemächlichen Zusammenessen. Die Vertrauensleute sollen in den Revierbesprechungen den Kollegen davon Mitteilung machen und in der nächsten Vertrauensmannerversammlung berichten, wie die Verteilung ist. Das Guellet kostet 10 Mk. Die Abhaltung eines Vortrages in einem Saale ist an eine bestimmte Besucherzahl geknüpft und müssen es mindestens 100 Personen sein.

**Berlin.** (Parkverwaltung.) Unsere Generalversammlung fand am 18. Januar bei Rickalack, Jüdenstr. 55 statt. 1907 fanden statt 3 Vorstandssitzungen, 4 Sektionsversammlungen und 13 Revierbesprechungen. Die Sektionsleitung wurde wieder gewählt. Neben die Tätigkeit des Arbeiterauschüßes ist wenig erfruchtliches zu berichten. Die Verkürzung der Arbeitszeit im Sommer bis 6 Uhr ist dank den Bemühungen der sozialdemokratischen Fraktion erfolgt. Es soll jedoch zu gleicher Zeit festgemacht werden, daß die sogenannten Saisonarbeiter vom Herbst an fast Tagelohn, der 3,50 Mk. betrug, Stundenlohn und zwar 0,5 Mk. erhalten, daß heißt auf deutsch, steht einer bei der Parkverwaltung in Tagelohn, so verdient er in 6 Tagen nach Abzug des Krankengeldes und der Invalidenmarke 20,22 Mk. und steht er in Stundenlohn, so verdient er in derselben Zeit 16,28 Mk. Von den freimüthigen Stadtwätern wird dies wohl soziale Fürsorge genannt? Im Revier Friedrichshain wird ein sechsmonatlicher Arbeiter vom Herrn Molkenfahner auf den Baum geschickt. Der Mann fällt runter, erleidet unter anderem einen doppelten Beinbruch. Wird die Arbeit bei der Parkverwaltung von den Stadtwätern nicht als eine Erholung des Körpers hingestellt? Ferner fragen wir, sind keine jüngeren Arbeiter da, um auf dem Baum Arbeit auszuführen? Zukünft noch, sind nicht die Gärtnere verpflichtet, diese Arbeit zu machen, oder ist es etwa eine Bestimmung von oben? Antwort erwünscht. Es ist in diesem Betriebe vieles faul, schlechter kann es nicht werden, darum Kollegen, hinein in den Verband, um eure Menschenrechte zu wahren.

**Breslau.** Am „Schwarzen Wä“ in Köpchow versammelten sich am 16. Januar die im Schlacht- und Viehhof arbeitenden Fleischer, Treiber usw., um Protest einzulegen gegen die mannigfachen Mißgriffe der dafelbst angestellten Beamten, und besonders gegen die Maßnahmen der anderen Organe, für die aufnehmend das Vereinsverbot der städtischen Arbeiter nicht existiert. Um den Beteiligten Gelegenheit zu geben, sich auszupprechen, war seitens unseres Verbandes und des Verbandes der Fleischer die Versammlung einberufen worden. Kollege Wehrlein sprach über: „Gemeindebetriebe sollen Winterbetriebe sein, und Genosse Kiegan über: Der Beweis vom Schlacht- und Viehhof in Theorie und Praxis.“ Kollege Wehrlein subit: u. a. aus, daß den Arbeitern die Agitation im Betriebe streng verboten sei, aber die Beamten agitierten für ihren Verein ganz öffentlich, auch hat man nichts dagegen, wenn die Arbeiter sich in den christlichen Verband oder in die katholische Arbeiterabteilung aufnehmen lassen. Nur die Agitation für die freie Gewerkschaft ist erwidert. Die Kollegen müssen aufgerüttelt werden, daß sie sich, wie ihre Amtskollegen in anderen Verufen, der Organisation anschließen, dann werden die Zustände hierüber besser werden. Kiegan ist der Meinung, daß die Ordnung auch ohne rigorose Maßnahmen anrecht erhalten werden kann. Neuerdings ist wieder ein Fleischer „verworfen“ worden, ohne zu wissen warum. Der Geselle hat sich an die Deputation um baldige Klärung der Sache gewandt. Die kategorische Antwort, die nach Wochen erst einlief, ist, lautete, daß die Verwerfung als unbegründet zurückgewiesen wird. Auf die neuerliche Vorstellung beim Magistrat wurde folgender Bescheid erteilt:

„Ich teile Ihnen mit, daß der Magistrat beabsichtigt hat, den Antrag auf Abänderung der Schlachtbetriebsordnung abzulehnen. Ein diesbezüglicher Widerspruch wird Ihnen noch zugehen. Da auch die Schlachtbetriebsdeputation Ihr Gesuch als unbegründet zurückgewiesen hat, stelle ich Ihnen anheim, wegen event. Aufhebung des Schlachtbetriebsverweises bei dem Herrn Schlachtbetriebsdeputationsmitglied vorstellig zu werden. Friedrich, Stadtrat.“ Den Direktor zu sprechen, ist dem Ausgewiesenen bis jetzt nicht möglich gewesen. Auch der Antrag auf Abänderung der Aus-

weisungsbefristungen ist abschlägig beschieden worden. Es bezieht sich keine Meinung, irgendwie auf diese berechtigten Wünsche der Arbeiter zu hören. Zu bemerken ist, daß die Beschlüsse am 13. Dezember eingereicht und am 4. Januar beantwortet worden ist. In der freien Aussprache stimmten die Redner den Ausführungen der Referenten in allen Punkten zu, auch sie hielten die Zustände für durchaus verbesserungsbedürftig.

**Rüthenwalde.** Am 18. Januar 1908 fand die regelmäßige monatliche Mitgliederversammlung beim Genossen Schön statt. Diefelbe war sehr gut besucht. Kollege Wilh. Wegfahrt hielt einen Vortrag über: „Warum müssen sich die städtischen Arbeiter organisieren?“ Der Vortrag wurde unter äußerster Aufmerksamkeit von den Anwesenden beifällig aufgenommen. Beim zweiten Punkte der Tagesordnung wurde lebhaft Klage geführt über die Willkürherrschaft der Beamten der Gasanstalt. So wurde einem Arbeiter der Gasanstalt vom Herrn Direktor der Lohn um 20 Pf. reduziert. Eine Arbeitsordnung in den meisten Arbeitern noch nicht zu Gesicht gekommen, obwohl eine solche schon 10 Jahre existiert. Die Versammlung beauftragte den Jubiläarvorstand, eine diesbezügliche Eingabe auszuarbeiten und einer in der nächsten Zeit stattfindenden Versammlung sämtlicher städtischen Arbeiter zur Beschlüßfassung vorzulegen. Es wird erwartet, daß sämtliche dienstfreien städtischen Arbeiter zu dieser Versammlung erscheinen.

**Sannau.** Am 11. Januar, abends 9 Uhr, fand im Saalbau Wahlstr. 2 unsere Mitgliederversammlung statt. Kollege Kranz erstattete den Massenbericht vom 4. Quartal 1907, welchen die Revisoren in bester Ordnung fanden. In den Vorstand wurden gewählt: Wagner 1. Vorsitzender, Köffert 2. Vorsitzender, Vohberger Kassierer, Schmidt Schriftführer. Als Beisitzer Kadentrotz, Voh, Schaub. Als Revisoren Samer, Fischer und Raab. Als Kartelldelegierter wurde Kollege Egold wieder gewählt. Hierauf hielt Gauleiter Kollege Karole einen Vortrag über „Pflichten und Rechte der Kollegen“. Er wies die Mitglieder besonders darauf hin, ihr Statut mehr zur Hand zu nehmen, da viele noch sehr unwissend sind betreffs Krankenlohn, Arbeitslohn und Gemäßregelunterstützung.

**Sannover.** Am Sonntag, den 19. Januar fand eine Mitgliederversammlung statt. Der Kassierer erstattete den Massenbericht vom 3. Quartal 1907; ihm wurde Entlastung erteilt. Hierauf wurde von dem Vorsitzenden Kollegen Wagenmeier der Antrag gestellt, dem Kassierer 1/2 Proz. Vergütung von den verkauften Beitragsmarken und dem 1. Vorsitzenden sowie dem Schriftführer und dem Kartelldelegierten 50 Pf. für jede außerordentliche Versammlung zu bewilligen. Der Antrag wurde angenommen. Darauf gab der Vorsitzende den Geschäftsbericht, den er als befriedigend bezichnete. Es wurden gewählt als 1. Vorsitzender G. Wagenmeier, als 2. Vorsitzender W. Höfer, als 1. Kassierer M. Jürgens, als 2. Kassierer W. Rasche, als Schriftführer H. Vohrberg, als Revisoren J. Kreis, H. Heintze und Lange. Ferner wurden als Kartelldelegierte gewählt W. Oppermann und als Stellvertreter H. Lier. In Verschiedenem sprach Kollege Mire im Namen der Versammlung dem Vorstande seinen Dank für die bisherige Tätigkeit aus. Sodann sprach Kollege Schein über die diesjährigen Verhältnisse auf der Eisbahn. So hätten die Kollegen des Bauamtes J. B. einen Stundenlohn von 35 Pf., während die Kollegen der Straßenreinigung ihren vollen Lohn erhalten hätten. Hieran schloß der Kollege Lange einen diesbezüglichen Antrag: Eingabe an den Magistrat zu senden. Diefem wurde zugestimmt.

**Wagdeburg.** Am 18. Januar fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung bei Ledtfeld, Amnoldenbaurer 27/28 statt. Mit dem Beschluß des Vorstandes über die gewährten Invalidenunterstützungen waren die Versammelten einverstanden. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, an den von dem Bildungsausschuß arrangierten Vorträgen 15 Kollegen teilnehmen zu lassen. Die Mitten soll die Filialkasse tragen. Die Abrechnung vom 4. Quartal gab Kollege Förster. Hiernach hatten wir eine Gesamtsumme von 166,91 Mk., eine Gesamtausgabe von 166,91 Mk., an den Hauptvorstand wurden abgesetzt 161,27 Mk., bleibt in der Filiale ein Massenbestand von 1056,59 Mk. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des 3. Quartals 111 männliche und ein weibliches Mitglied. Im Laufe des Quartals sind 81 Kollegen eingetreten, 17 Kollegen schieden aus, so daß der Mitgliederbestand am Schlusse des 1. Quartals 505 männliche und ein weibliches Mitglied betrug. Der Besuch der Versammlungen war ein reger, ein Zeichen, daß die Kollegen dem Verbande lebhaftes Interesse entgegenbringen. In längeren Ausführungen begründete Kollege Strunk die Bildung eines Agitationskomitees. In der sich anschließenden regen Diskussion wurde die Zweckmäßigkeit dieses Komitees anerkannt. Die Wahl der hierzu befähigten Kollegen soll dem Vorstand überlassen werden. Die Abrechnung vom Wintervergnügen ergab einen Ueberschuß von 51,77 Mk. Den Kartellbericht gab Kollege Senft. In längeren Ausführungen wies derselbe auf die gefassten Beschlüsse hin. In der sich anschließenden regen Diskussion wurde das Verbalten einiger Stadtverordneten in der letzten Sitzung einer scharfen Kritik unterzogen. Allgemein bedauert wurde es, daß der Ma-

gistrat es ablehne, Kostandsarbeiten verrichten zu lassen und die Arbeitslosigkeit noch vergrößere durch Entlassung von eigenen Arbeitern im Gartenbau. Das Vorgehen einzelner Kollegen vom Elektrizitätswerk (Zentrale) wurde nicht gebilligt. Eine diesbezügliche Resolution fand Annahme. Nach längerer Debatte wurde dem Kassierer ein Konto von 412 Mk. bewilligt.

**Wainz.** Das Jahrapersonal der städtischen Straßenbahn hat durch den Arbeiterschuß die nachstehenden Forderungen eingereicht: 1. Der Anfangslohn für Schaffner beträgt monatlich 100 Mark und steigt pro Monat und Jahr um 5 Mk., bis zum Höchstlohn von 140 Mk. pro Monat in 8 Jahren. Der Anfangslohn für Wagenführer beträgt monatlich 110 Mk. und steigt pro Monat und Jahr um 5 Mk., bis zum Höchstlohn von 150 Mk. pro Monat in 8 Jahren. 2. Die tägliche Dienstzeit beträgt im Durchschnitt 9 Stunden. Diefelbe kann zwischen 8 bis 10 Stunden täglich schwanken, darf jedoch in einem Malendernonat nicht mehr als 238 Stunden betragen. Bei der Berechnung der Arbeitszeit werden Pausen, welche zusammenhängend weniger als eine halbe Stunde betragen, nicht in Abzug gebracht. 3. Jede im Monat über 238 Stunden hinaus geleistete Arbeitsstunde wird in den ersten vier Jahren mit 50 Pf., in den nächstfolgenden Jahren mit 60 Pf. vergütet. 4. Jeder achte Malendertag ist dienstfrei. Die freien Tage werden so eingeteilt, daß jeden Monat einer auf einen Sonntag fällt. An den freien Tagen wird das Personal nur in dringenden Fällen, an den freien Sonntagen gar nicht zum Dienst herangezogen. 5. In den Jahrdienst neu eintretendem Personal wird der Lohn während des Probemonats 14tägig ausbezahlt. — Eine ausführliche Begründung ist der Forderung beigegeben. Hoffentlich haben unsere Wainzer Kollegen einen vollen Erfolg.

**Wülhausen i. G.** Ueber die neu geschaffene Lohn- und Arbeitszeitregelung referierte am 12. Januar Kollege Pürker - Strahburg. Wir kommen auf die neu geschaffenen Bestimmungen und Tarife ausführlich zurück. Die gut besuchte Versammlung nahm nach ausgiebiger Diskussion folgende Resolution einstimmig an: „Die heute, am 12. Januar im Lokal „Zur Sonne“ außerordentlich zahlreich versammelten städtischen Arbeiter bedauern aufs Lebhafteste, daß die Stadtverwaltung ihren Wünschen betreffs einer angemessenen Lohnerhöhung, trotz der langen Zeit, die die Verwaltung zur Ausarbeitung der Vorlage brauchte, in so äußerst unzulänglicher Weise entgegengekommen ist, daß ein großer Teil der städtischen Arbeiter gar nicht oder in so geringfügiger Weise berücksichtigt wurde, daß diese Lohnerhöhung tatsächlich geeignet ist, das bisherige sozialpolitische Ansehen der Stadt Wülhausen vor anderen Städten ganz bedeutend herabzumindern. Ganz besonders verurteilen die Anwesenden die Haltung der Vertreter der Zentrums-Partei, weil gerade die Zentrums-Partei die hauptsächlichste Schuld an der gegenwärtigen Verteuerung der Lebensmittel trägt, sowie insbesondere die Haltung der christlichen Gewerkschaftler im Gemeinderat, weil diese es der Stadtverwaltung ermöglichen, diese vollständig ungenügende Lohnregelung durchzuführen und den dringenden Wunsch der Arbeiter nach Verkürzung der Arbeitszeit unberücksichtigt zu lassen. Die Versammelten erkennen die gute Wirkung der Familienzulagen durchaus nicht, können jedoch diese diesbezüglichen Beschlüssen des Gemeinderats trotzdem keine Sympathie entgegenbringen, da die Gewährung der Familienzulage auf Kosten der Grundlöhne und der Lohnerhöhung eines großen Teiles der Arbeiterschaft erfolgte. Da die Versammelten die Gewährung einer ausreichenden Lohnerhöhung, die Bezahlung der Feiertage und die Bezahlung der Differenz zwischen Krankenlohn und Lohn, sowie die neunstündige Arbeitszeit für alle Arbeiter für eine unbedingte Notwendigkeit halten, die Realisierung dieser Wünsche jedoch nur von einer machtvollen Organisation herbeigeführt werden kann, versprechen die Versammelten, mit aller Macht dahin zu wirken, daß die hiesige Filiale des Verbandes der Gemeindearbeiter so ausgebaut wird, daß diese der ihr gestellten Aufgabe gerecht werden kann.“

**Wülhausen i. G.** Die Generalversammlung unserer Filiale fand am 15. Januar statt. Moll. Vorer gab den Geschäftsbericht und betonte, daß im letzten halben Jahre stattgefunden haben: 2 öffentliche Versammlungen, 6 Mitgliederversammlungen, 17 Revisorversammlungen, 2 Repräsentationen mit Arbeiterschußmitgliedern und Ortsmitgliedern reist Vertrauensmännern und Vorstand. Vier Eingaben gingen an den Arbeiterschuß und vier Petitionen an die Stadtverwaltung. Moll. Vürker betonte, daß man mit Freuden auf das letzte Jahr zurückblicken kann. Am Schlusse des dritten Quartals waren 285,98 Mk. und am Schlusse des vierten Quartals zusammen 400,77 Mk. Aktivvermögen in der Kasse. Moll. Vürker richtete den Appell an die Mitglieder, in eine energische Aktion einzutreten, um den Ausbau der Organisation zu fördern. Dem Vorstand wurde Decharge erteilt. Der spezielle Massenbericht ergab Einnahmen für die Hauptkasse 1004,61 Mark, Ausgaben 1094,61 Mk.; Einnahmen der Lokalkasse 845,32 Mark, Ausgaben 444,50 Mk., bleibt also ein Massenbestand von 1007,77 Mk. Neben wurde unser Vorsitzender, Moll. Wianz, und der Kassierer, Moll. Vorer per Akklamation wiedergewählt, desgleichen der zweite Vorsitzende, Moll. Kranterer, und Schriftführer V. Riehl. Als Beisitzer wurden per Stimmzettel die Kollegen Willer, Schaffner und Gantner gewählt.



Die Wahl der Kassenvorsoren fiel auf die Kollegen Grinenberger und Wunderle. Als Stellvertreter wurden die Kollegen J. Schneider, Jos. Gantner und J. Bürgi gewählt. Als Vertrauensmänner für die verschiedenen Ressorts wurden gewählt: in den Neubau die Kollegen S. Weier und Weisk; Straßenreinigung Moll, Michel; Fuhrpark Moll, Grinenberger; Straßenunterhalt Moll, Federle; Wasserwerk Moll, Gürri; Elektrizität Moll, Erhart; Schlachthaus Moll, Kall; Theater Moll, Kräp. Unter „Verständenes“ wurde der Appell an die Vertrauensmänner gerichtet, Anstände sofort aufzudecken und wahrheitsgemäß dem Vorstand zur Meldung zu bringen. Dann betonte Moll, Borer noch, daß die Mitglieder bezüglich der Unterstützungen mehr Verständnis zeigen sollten und dem Kassierer dadurch die Arbeit erleichtern möchten.

**Stuttgart.** Die Generalversammlung unserer Filiale fand am 19. Januar im „Grünen Saal“ des Gewerkschaftshauses statt. Dieselbe wies erfreulicherweise einen sehr guten Besuch auf und nahm einen äußerst anregenden Verlauf. Kollege Hausler erstattete in eingehender Weise den Tätigkeits- und Massenbericht. In zahlreichen Mitgliedern, Bezirks- und Betriebsversammlungen fand die Agitation ihre Erledigung. Zu erwähnen verdient hier besonders eine Petition betreffend Gewährung eines Zuschlages von 50 Proz. für die Schichtarbeiter der Gas- und Elektrizitätswerke an den Feiertagen, sowie Überzeit beim Schichtwechsel. Die Entscheidung des Gemeinderats in dieser Frage brachte uns eine Arbeitsniederlegung im Gaswerk in ziemlich greifbarer Nähe. In zahlreichen Betriebsversammlungen machte sich die Erregung der Gasarbeiter Luft, und nur dem Eingreifen der Organisationsleitung ist es zuzuschreiben, daß es nicht zum Ausreifen kam. Eine diesbezügliche Resolution und erneute Eingabe brachte eine Lösung. Der vorübergehende Beschluß des Gemeinderats wurde aufgehoben und eine Regelung getroffen, die als vorläufig zufriedenstellend bezeichnet werden kann. Ferner wurde eine Petition eingereicht betreffs Regelung der Lohnverhältnisse der Elektrizitätsarbeiter in Marbach. Dieselben erhalten eine Lohnverhöhung sowie Regelung der Überzeitarbeit. Wenn auch das Erreichte nicht ganz unseren Wünschen entsprach, so bedeutet es doch einen Schritt nach vorwärts. Ebenso erzielten die Kutscher des Reinigungsamts bedeutende Verbesserungen. Zu erwähnen wäre noch eine Eingabe betreffs einer Lohnzulage für sämtliche städtischen Arbeiter von 20 Pf. ab 1. Dezember vorigen Jahres. Die Entscheidung hierüber sowie über verschiedene andere Petitionen steht noch aus. Aller Voraussicht nach wird das kommende Jahr eine lebhaftere Bewegung zur Realisierung dieser Wünsche in die Äktale bringen. Eine einschneidende Änderung entstand in der hiesigen Filiale durch Errichtung eines Ortsbüros, welches durch das stetige Wachsen des Verbandes notwendig wurde. Zur Vertretung dieser Kosten wird ab 1. Januar ein Ortszuschlag von 5 Pf. erhoben, zugleich aber auch durch Gewährung einer lokalen Sterbeunterstützung für Frauen und Kinder ein weiterer Unterstützungsweg eingeführt. Auch das politische Leben darf seine Wogen in unsere Bewegung; die Gemeinderatswahlen, welche in den letzten Wochen stattfanden, nötigten uns, hierzu Stellung zu nehmen. Auch im Monarch- und Konfessionsleben haben wir wichtiges zu registrieren. Der Massenbericht des vergangenen Jahres ergibt ein verhältnismäßig günstiges Bild. Unsere Mitgliederzahl ist von 1105 auf 1214 gestiegen. Wir haben damit einen erfreulich hohen Prozentsatz organisierter Kollegen am Ort. Dem Kassierer wurde einstimmig Decharge erteilt. Die Vorstandswahl ergab folgendes Bild: Als 1. Vorsitzender wurde Rudolf wiedergewählt, 2. Vorsitzender Fris, 1. Kassierer Hausler, 2. Kassierer J. Spang, 1. Schriftführer Ehr. Lang, 2. Schriftführer G. Müller, als Beisitzer Weier, Beck und Lorch. Als Revisoren wurden gewählt Stamm, Fah und Burker, als Stellvertreter Hausler, Rudolf, Lorch und Stetter. Kollege Müller führte den Anwesenden unter Hinweis auf die letzten Vorgänge in eingehender Weise vor Augen, wie notwendig für die städtischen Arbeiter auch die politische Organisation sei. Hierauf richtete Kollege Rudolf einen dringenden Appell an die Anwesenden, auch in Zukunft fest zusammen zu halten.

**Traunstein.** Sonntag, den 19. Januar fand im „Gewerkschaftshaus“ eine gut besuchte Versammlung unserer Filiale statt. Seit Monate sind bereits 10 Ausnahmen zu verzeichnen, so daß die Filiale trotz ihres kurzen Bestehens schon 37 Mitglieder zählt. Dem Kassierer wird Decharge erteilt, dem Bericht des Stellvertreter mit großer Aufmerksamkeit gefolgt. Es wurden gewählt: Daberlander, Rath, städt. Vorarbeiter L. Köstler, Parobartsch, Joh., Fortarbeiter Kassierer, Ajhal, G., Schreiner Schriftführer, Kreupriester, Straßenwarter und Niederlechner, Fortarbeiter als Beisitzer, Richter, Joh. und Gradmeier, städt. Arbeiter als Revisoren, Huber, Franz und Wilberger, Fortarbeiter als Stellvertreter. Es wurde von verschiedenen Rednern darauf hingewiesen, daß es den städtischen Arbeitern mit Hilfe des Verbandes möglich war, bessere Löhne zu erreichen. Um das Erreichte auch festzuhalten und weitere Verbesserungen zu erlangen, ist ein kameradschaftliches Zusammenwirken notwendig. Aber auch agitiert muß unermüdet werden, bis der letzte Mann, in den städtischen

sowie in den staatlichen Betrieben, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter angehört. Es wurde beschlossen, während der Sommermonate die Kartellbeiträge nicht mehr von der Lokalkasse wie bisher, sondern von den Kollegen selbst zu entrichten, um den Lokalfonds zu stärken. Der amwesende Kartellvorsitzende appellierte an die Kollegen, treu zur Fahne zu halten und sich nicht von den Christlichen irreführen zu lassen, sowie auch an dem Ausbau der Filiale geschlossen mitzuwirken.

## Aus den deutschen Gewerkschaften.

Der zweite Verbandsstag der Asphaltarbeiter fand am 28. und 29. Dezember in Berlin statt. Der Verband zählt gegenwärtig 650 Mitglieder. Die Massenverhältnisse weisen für das Jahr 1906 eine Einnahme von 9549,71 Mk. inklusive eines Bestandes von 1954,77 Mk. und eine Ausgabe von 4596,56 Mk. auf. Die Einnahmen in den drei ersten Quartalen 1907 betragen inklusive des Massenbestandes 9702,13 Mk. und die Ausgaben bis zum 27. Dezember 1907 5556,80 Mk. Für Streiks wurden 995,50 Mk. an die eigene Organisation und 50 Mk. für andere Verbände hergegeben. Zur Krankenunterstützung wurden 1163,05 Mk. ausgegeben. Aus der Statutenberatung ist hervorzuheben, daß das Streitreglement dahingehend abgeändert ist, daß die Streitunterstützung auf 2,50 Mk. pro Tag — 15 Mk. und für jedes Kind 1 Mk. pro Woche erhöht wird. Indessen darf die Unterstützung insgesamt pro Woche nicht den Betrag von 17 Mk. übersteigen. Die Krankenunterstützung wurde bei den älteren Jahrgängen ebenfalls erhöht. Der „Asphaltarbeiter“ erscheint auch weiterhin monatlich einmal, eventuell soll eine Zeitschrift beigegeben werden. Die Verbandsfunktionäre, Vorsitzender, Kassierer, Sekretär und Redaktion, wurden einstimmig wiedergewählt. Als Sitz des Verbandes wurde wieder Berlin bestimmt.

Eine Tarifstatistik des Schneiderverbandes. Der Vorstand des Schneiderverbandes hat eben eine recht wertvolle Tarifstatistik für die Jahre 1906/1907 herausgegeben. Aus der Tarifstatistik, die den Inhalt der Tarife bezüglich der Löhne in Tabellenform wiedergibt, ist ersichtlich, daß in der Herrenmass- und Uniformbranche Ende 1907 die Zahl der tariflich geregelten Geschäfte 6104 in 123 Orten betrug. In diesen Geschäften wurden 37 299 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Nicht geregelt sind 1371 Geschäfte mit 6994 Arbeitern und Arbeiterinnen. In der Herrenkonfektion betrug die Zahl der tariflich geregelten Geschäfte 199, die 17 023 Personen beschäftigten. Ferner wurden 77 Firmen der Damenschneiderei mit 1550 Arbeitern und Arbeiterinnen gezählt, deren Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich geregelt sind.

Streiks und Lohnbewegungen der Tapezierer im Jahre 1907. Im vergangenen Jahre wurden von den Tapezierern in Deutschland 37 Lohnbewegungen durchgeführt, von denen 32 Angriffs- und 5 Abwehrbewegungen waren. Bei den 32 Angriffsbewegungen kam es in 12 Orten zum Auslande. An sämtlichen Bewegungen waren beteiligt 2017 Betriebe und 5383 Gehülften. Erreicht wurde für 1983 Personen eine Heberhebung der täglichen Arbeitszeit um 4108 Stunden und eine wöchentliche Lohnverhöhung von 10 861 Mk. Die Zahl der abgeschlossenen Arbeitstarife beläuft sich auf 23. Die Gesamtausgabe für die Lohnbewegungen stellte sich auf 112 265 Mk.

## Rundschau.

Aus dem Reichstage. Die Bergarbeiter befinden sich gegenwärtig in einer ernsthaften Bewegung gegenüber den neu geschaffenen Anapflichtsaktionen, die den Arbeitern Steine statt Brot bieten. Drei Interpellationen, die an die Ablehnung der Anapflichtsaktionen im Bochumer Verein anknüpften, beschäftigten vom 16. bis 18. Januar den deutschen Reichstag. Von Seiten der Sozialdemokratie wurde mit Recht eine neue Forderung nach Krankenversicherungsgesetz zur Regelung der Anapflichtsaktionen verlangt. Treffend führte Due (Soz.) aus, daß die Schwäche der Regierung die Werkstätten immer mehr ermutigt, das Wagenmüllern und ähnliche raffinierte Praktiken zu betreiben, während als weitere Folge der Verfall der Menschen förmlich fröhlich. Aus der weitläufigen Diskussion seien nur noch die sehr energiegelassen Ausführungen des Vergrats Gothein (f. d. B.) erwähnt, der den sozialdemokratischen Kritikern in fast allen Punkten Recht gab. Eine Auseinandersetzung mit den „Christlichen“ seitens unserer Genossen Due und Sachse fiel nicht zum Vorteil der ersteren aus. Zum Schluß betonte Herr Wassermann (nat.) die unwandelbare Bergarbeiterfreundlichkeit seiner Partei, die sich leider nur allzu platonisch äußert! — Am 23. Januar kam endlich die sozialdemokratische Interpellation bezüglich der Wahl.



rechtsfrage in Preußen sowie der Polizeisäbelherrschaft vom 12. Januar zur Sprache. Der gefürchtete Bülow gab vor vollendetem, von Schulzeiten umstellten Hause alsbald die Erklärung ab, daß er die Verantwortung der Interpellation ablehnen müsse, weil der Reichstag nicht kompetent sei. Am selben Abende aber „ermahnte“ er in längeren Ausführungen das Volk, sich nicht fürder irreführen zu lassen, natürlich von den sozialdemokratischen Hebern. Die ganz unabhängig von der Wahlrechtsbewegung stattgehabten Arbeitslosenversammlungen mit den „obligaten“ Säbelattachen der Berliner Polizei mußte zu dieser völlig verfehlten Verlegenheitspolitik herhalten. Wie auch das „Berliner Tageblatt“ meinte, wollte er sich einen „guten Abgang“ sichern. Aber Richard Fischer (Zog.) sorgte in zweifelhafte Rede für die rechte Würdigung dieser Staatsmanuskript und wie wir ruhig hinzufügen, empfinden zehn, ja Hunderttausende genau so wie Fischer das in satirischer Weise darlegte. — Vendenbahn äußert sich die „Liberalen“, obwohl man bei dieser Gelegenheit, wie Parth (lib.) jüngst mit Recht ausführte, unbedingt die Bloßfremdschaft aufständigen mußte — bei Strafe des politischen Anstandes. Herr Kretsch und andere erleuchteten Geister der „Staatsbehörden“ stimmten natürlich dem sanfter voll und ganz zu. — Als dann die Sozialdemokraten durch Hebel auf einige Angriffe antworten wollten, versuchte man durch Schlusstrag das Wort abzuschneiden, was auch tatsächlich, wenn auch mit knapper Not, gelang, indem selbst der Liberalismus bei der Abstimmung mit sechs rühmlichen Ausnahmen für diese Mundstummung stimmte. Ob da nicht endlich manchen bisherigen liberalen Arbeiter und Bürger die Augen aufgehen? Zeit scheint es so, denn die liberalen Versammlungen mehren sich, in denen durch Resolutionen gegen die Haltung der Pseudo Liberalen energisch Stellung genommen wird. Selbst in Raumanns Wahlkreis verlangt man Rechtfertigung von dessen schwacher Haltung. Zwar kommt er in seiner „Hilfe“ mit der seit Richters ziemlich abgebrannten Behauptung, die Sozialdemokratie erzwinge jede gemeinschaftliche Aktion durch ihre „Reichimpfe“. Aber zum Teufel noch mal: Bei jeder liberaler Wajchlappigkeit mußte selbst dem Frömmsten die Galle übergehen! — Der Reichstag beriet in der verfloßenen Woche noch über die Prüsseler Zuckerkonvention. Die Konventionen schlugen eine Herabsetzung der Zuckerteuer von 14 auf 10 Pf. pro Kilogramm vor. Man will, wie ganz richtig gesagt wurde, dem Volke ein Verubigungspulver geben, damit die übrige Verteuerung der Lebensmittel ungehindert weiter vor sich gehen kann und die indirekten Steuern auch weiter den breiten Massen abgepreßt werden.

Werden unsere Kollegen, die Berliner Markthallenarbeiter, endlich die Notwendigkeit einer einheitlichen Organisation einsehen? Die „Einigen“ schreibt: „Am Donnerstag, den 16. Januar 1906, fand im Lokal von Heufelder, Traugottstraße 15, eine Generalversammlung der Freien Vereinigung städtischer Markthallenarbeiter statt. Unter Vereinsangelegenheiten wurden folgende Anträge angenommen: Die heutige Generalversammlung beschließt wie folgt: Mitglieder, die bei Entlassungen laut Unterrichtsverordnung das ihnen zuteilende Krankengeld empfangen haben, wird erst nach einjähriger Karenzzeit eine weitere Krankengeldunterstützung gezahlt.“ Antrag 2: Die heute bei Heufelder tagende Generalversammlung beauftragt den Vorstand, in der ersten Hälfte des Februar eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen mit der Tagesordnung: 1. Ist die Freie Vereinigung städtischer Markthallenarbeiter gewillt, mit dem Verband der Gemeindegewerkschaften in Verhandlung zu treten betreffs des Uebertritts? 2. Einen Revisionsrat zu bestellen über den 1. Punkt der Tagesordnung. 3. Mitgliedsbuch in der betreffenden Versammlung legitimiert. Außerdem müssen die Mitgliedsbücher nach den Satzungen in Ordnung sein.“

Unfall in Charlottenburg. Am Sonnabend, den 18. Januar, trug sich auf der hiesigen städtischen Gasanstalt II ein bedauerlicher Unfall zu. Der Mollge Anton Wieniewski war am genannten Tage damit beschäftigt, Kohlen für das Feuerhaus I mittels Hahntahl zu den Esen herauf zu befördern. Auf dieser mit genau festgesetzte Weise geriet derselbe zwischen Schutthaler und Hahntahl. Nachdem ihm vom Hahntahl der Brustkasten eingedrückt war, blieb er, mit dem Kopf nach unten, hängen. In dieser schrecklichen Lage fanden ihn Kollegen. Dieselben bestreuten den Verunglückten, doch gab letzterer nur noch schwache Lebenszeichen von sich. Wieniewski wurde dem Krankenhause „Westend“ überführt, doch erlag er noch in derselben Nacht den schweren Verletzungen.

Am Schlachtfeld der Arbeit. Aus der dem Reichstage jetzt vorgelegten Nachweisung über die Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften gelangten im Jahre 1906 zur Anmeldung nicht weniger als 645 543 Unfälle (gegen 609 160 im Jahre 1905).

Die Unfallzahl ist also wiederum gewachsen. Die Armee derjenigen, für welche im Jahre 1906 zum erstenmal Entschädigungen gezahlt wurden, beläuft sich auf 139 726 gegen 141 121 im Jahre 1905. Hierunter rechnen 9111 Tote (im Jahre 1905 betrug die Zahl der durch die Unfälle Getöteten 8925).

Aus drei Kommunen. Das „Berl. Tagebl.“ schreibt: In Berlin hat der Kommunal Liberalismus den sozialdemokratischen Stadtverordneten im Vorhabe der Versammlung jede Vertretung verweigert. Das sieht dem Berliner Kommunal Liberalismus des Roten Hauses ähnlich. — In Schöneberg haben die vereiniaten Antisemiten, Nonserbaten, Hausagravier und die sonstigen Stützen der Reaktion den Liberalen einen Sitz im Vorhabe der Stadtverordnetenversammlung verweigert. Das sieht diesen reaktionären Herrschaften ähnlich. Leider ist dadurch aber auch der Berliner Kommunal Liberalen à la Fraktion Cassel dem Schöneberger Reaktionslängel ähnlich geworden. In beiden ist um dieser Ähnlichkeit willen weder Berliner Kommunal Liberalen noch der Schöneberger Reaktionsblock. — In Charlottenburg haben die Kommunal Liberalen den Sozialdemokraten im Vorhabe der Stadtverordnetenversammlung den Posten des 1. Schriftführers eingeräumt. In Summa: Wo immer etwas Nützliches zu leisten ist, weicht der Berliner Kommunal Liberalen mit den Verdäkten der Reaktion. Von anderen freimütigen Stadtverwaltungen läßt er sich beschämen.“ Dieser Charakterisierung aus dem eigenen Lager können wir nur beistimmen.

Entlohnung der Bureauarbeit im Gegensatz zur Handarbeit auf der Kaiserlichen Werft. Bei den Lohnbewegungen unter den Beamten der Kaiserlichen Werft erhielt die Öffentlichkeit auch Einblick in die niedrigen Löhne, die die Bureauarbeiter dort verdienen. Diese Leute sollten eigentlich nur als Puraushelfen, Maschinen- und Adressenschreiber verwendet werden. Tatsächlich aber haben sie bei der peinlich genauen Rechnungsführung des Betriebes die Arbeit eigentlich Maultiere zu tun, Lohnbücher zu führen und die Lohnberechnungen vorzunehmen. Einzelne Daten über die Lohnverhältnisse auf der Kaiserlichen Werft gibt H. Strube in der „Hülfe“. Es beträgt das durchschnittliche Monatseinkommen von Schaltbrettwärtern 225,50 Mk., Mechanikern 155,75 Mk., Kupferschmieden 162,50 Mk., Sülfern 115,00 Mk., Sandlangern 115,25 Mk., dagegen der Monatslohn von Lohnschreibern 101,12 Mk., Maschinenschreibern 99,00 Mk., Magazingehülften 113,70 Mk., Puraudienern 90,50 Mk., Telephonisten 93,00 Mk. Die Bureauarbeiter hatten also durchweg ein schlechteres Einkommen als die durch ihre Organisationen auf ein extraliberales Niveau gelangten eigentlichen Handarbeiter. Dazu kommt noch, daß 1906 die Arbeitszeit der Werftarbeiter um eine Stunde verkürzt und der Stundenlohn erhöht, bei den monatlich beschäftigten Angestellten dagegen wohl die Arbeitszeit erhöht wurde, das Gehalt aber nicht. Dabei haben diese Leute die Verantwortlichkeit von Beamten ohne deren Stellung und Bezahlung. Wahrscheinlich aber halten sie sich trotz dieser Dingerlöse für vornehmer als die Handarbeiter und hüten sich davor, durch Zusammenfluß ihre Lebenshaltung zu verbessern und ihre Rechte wahrzunehmen.

Preußens Herrscher. Um die hohe Intelligenz, das Verständnis für das wirtschaftliche Leben und die Befähigung der Junger zum Regieren in Preußen zu beweisen, hat der Vereinsschied der brandenburgischen Landwirtschaftskammer folgenden Beschluß gefaßt: „Die Landwirtschaftskammer wird ersucht, beim Herrn Minister für öffentliche Arbeiten dahin zu wirken, daß die Arbeiterfabriken zu ermäßigtem Preise nicht mehr zur Ausgabe gelangen, daß die freie Fahrt der Frauen und Angehörigen von Eisenbahnarbeitern zum Marktbesuch in den größeren Städten aufgehoben werde, daß ferner die Löhne der Eisenbahnarbeiter, die vielfach zu hoch seien, den örtlichen Lohnverhältnissen entsprechend festgesetzt werden, und endlich, daß die Eisenbahnverwaltung keine Arbeiter unter 18 Jahren beschäftige.“ Besser als durch diesen Beschluß vermögen die Epigonen der ehemaligen Maab und Strauchritter ihre Befähigung zur Alleinherrschaft im „Mullusstaat“ Preußen nicht zu erbringen.

Demonstrationen.

Wir leben in bewegter Zeit!  
Die Straße war he noch so breit —  
Al' leinewegs für alle;  
Zie ist nur Kaufstraße.  
Zugmann links, Zugmann rechts,  
Ein Zugmann in der Mitte!  
Man wird ohn' Anseh' des Geschlechts  
Verhau'n und umgeritten;  
Prin' val ich dir, mein lieber Sohn,  
Weid jegliche Demonstration  
Und halbe habich dem Schnabel,  
Zomst gib's was mit dem Sabel.  
Was halt du drauhen auch zu tun?

Vag Arbeit und Gehalte ruhn  
Und bleibe hübsch zu Hause,  
Tahem in deiner Klausel.  
Wer heut sich auf der Straße zeigt  
Und nicht vor jedem Zugmann  
Al' „hülnalich verächtlich“ (Hecht),  
Als rot und niedertrotzig,  
Von rechts und links wird er bedrängt,  
Wid empescht und eingewagt;  
Und wenn er nicht um Gnade bitt,  
Und „Amurtrads“ auseinandergeht;  
Spaltet der Zugmannsabel  
Den Kopf ihm bis zum Nabel.

Alfred Scholtz

Die Wahl der Kassenvororen fiel auf die Kollegen Grinenberger und Wunderle. Als Kartelldelegierte wurden die Kollegen J. Schneider, Jos. Gantner und J. Bürgl gewählt. Als Vertrauensmänner für die verschiedenen Ressorts wurden gewählt: in den Neubau die Kollegen S. Meier und Weisk; Straßenreinigung Moll, Michel; Fuhrpark Moll, Grinenberger; Straßenunterhalt Moll, Federle; Wasserwerk Moll, Gärri; Elektrizität Moll, Erhart; Schlaabhaus Moll, Kall; Theater Moll, Kräh. Unter „Verschiedenes“ wurde der Appell an die Vertrauensmänner gerichtet, Klagen sofort aufzuheben und wahrheitsgemäß dem Vorstand zur Meldung zu bringen. Dann betonte Moll, Forer noch, daß die Mitglieder bezüglich der Unterstügungen mehr Verständnis zeigen sollten und dem Kassierer dadurch die Arbeit erleichtern möchten.

**Stuttgart.** Die Generalversammlung unserer Filiale fand am 19. Januar im „Grünen Saal“ des Gewerkschaftshauses statt. Dieselbe wies erfreulicherweise einen sehr guten Besuch auf und nahm einen äußerst anregenden Verlauf. Kollege Dausser erstattete in eingehender Weise den Tätigkeits- und Massenbericht. In zahlreichen Mitgliederversammlungen, Bezirks- und Betriebsversammlungen fand die Agitation ihre Erledigung. Zu erwähnen verdient hier besonders eine Petition betreffend Gewährung eines Zuschlages von 50 Proz. für die Schichtarbeiter der Gas- und Elektrizitätswerke an den Festtagen, sowie Überzeit beim Schichtwechsel. Die Entscheidung des Gemeinderats in dieser Frage brachte uns eine Arbeitsbederlegung im Gaswerk in ziemlich greifbare Nähe. In zahlreichen Betriebsversammlungen machte sich die Erregung der Gasarbeiter Luft, und nur dem Eingreifen der Organisationsleitung ist es zuzuschreiben, daß es nicht zum ankertien kam. Eine diesbezügliche Resolution und erneute Eingabe brachte eine Lösung. Der vorübergehende Beschluß des Gemeinderats wurde aufgehoben und eine Regelung getroffen, die als vorläufig zufriedenstellend bezeichnet werden kann. Ferner wurde eine Petition eingereicht betreffs Regelung der Lohnverhältnisse der Elektrizitätsarbeiter in Marbach. Dieselben erhielten eine Lohnerhöhung sowie Regelung der Überzeitarbeit. Wenn auch das Erreichte nicht ganz unseren Wünschen entsprach, so bedeutet es doch einen Schritt nach vorwärts. Ebenso erzielten die Mitglieder des Reinigungsaamts bedeutende Verbesserungen. Zu erwähnen wäre noch eine Eingabe betreffs einer Lohnzulage für sämtliche städtischen Arbeiter von 20 Pf. ab 1. Dezember vorigen Jahres. Die Entscheidung hierüber sowie über verschiedene andere Petitionen steht noch aus. Aller Voraussicht nach wird das kommende Jahr eine lebhafte Bewegung zur Realisierung dieser Wünsche in die Filiale bringen. Eine einschneidende Aenderung entstand in der hiesigen Filiale durch Errichtung eines Ortsbureaus, welches durch das stetige Wachsen des Verbandes notwendig wurde. Zur Vertretung dieser Kosten wird ab 1. Januar ein Ortszuschlag von 5 Pf. erhoben, zugleich aber auch durch Gewährung einer lokalen Sterbekunterstützung für Frauen und Kinder ein weiterer Unterstützungspunkt eingeführt. Auch das politische Leben warf seine Fragen in unsere Bewegung; die Gemeinderatswahlen, welche in den letzten Wochen stattfanden, nötigten uns, hierzu Stellung zu nehmen. Auch im Montag- und Montserengleben haben wir wichtiges zu registrieren. Der Massenbericht des vergangenen Jahres ergibt ein verhältnismäßig günstiges Bild. Unsere Mitgliederzahl ist von 1168 auf 1244 gestiegen. Wir haben damit einen erfreulich hohen Prozentsatz organisierter Kollegen am Ort. Dem Kassierer wurde einstimmig Decharge erteilt. Die Vorstandswahl ergab folgendes Bild: Als 1. Vorsitzender wurde Rudolf wieder gewählt, 2. Vorsitzender Fröh, 1. Kassierer Dausser, 2. Kassierer E. Späna, 1. Schriftführer Chr. Lang, 2. Schriftführer G. Müller, als Beisitzer Meier, Beck und Lorch. Als Marschalldelegierte Dausser, Rudolf, Lorch und Steller. Kollege Müller führte den Anwesenden unter Hinweis auf die letzten Vorgänge in eingehender Weise vor Augen, wie notwendig für die städtischen Arbeiter auch die politische Organisation sei. Darauf richtete Kollege Rudolf einen bringenden Appell an die Anwesenden, auch in Zukunft fest zusammen zu halten.

**Traunheim.** Sonntag, den 19. Januar fand im „Gewerkschaftshaus“ eine gut besuchte Versammlung unserer Filiale statt. Seit Kenntnis und bereits 10 Aufnahmen zu verzeichnen, so daß die Filiale trotz ihres kurzen Bestehens schon 37 Mitglieder zählt. Dem Kassierer wird Decharge erteilt, dem Bericht des Kartelldelegierten mit großer Aufmerksamkeit gefolgt. Es wurden gewählt: Haberlander, Rath, Stadt, Vorarbeiter 1. Vorsitzender, Parahartwieser, Joh., Vorarbeiter Mascherer, 1. Adj., M., Schreiner Schriftführer, Kreuzpriester, Straßenunter und Arbeiter, Forstarbeiter als Beisitzer, Richter, Joh. und Gradmeier, Stadt, Arbeiter als Revisoren, Huber, Franz und Wilsberger, Vorarbeiter als Kartelldelegierte. Es wurde von verschiedenen Rednern darauf hingewiesen, daß es den städtischen Arbeitern mit Hilfe des Verbandes möglich war, bessere Löhne zu erreichen. Um das Erreichte auch festzuhalten und weitere Verbesserungen zu erlangen, ist ein kameradschaftliches Zusammenwirken notwendig. Aber auch agitiert muß unermüdet werden, bis der letzte Mann, in den städtischen

sowie in den staatlichen Betrieben, dem Verbund der Gemeinde- und Staatsarbeiter angehört. Es wurde beschlossen, während der Sommermonate die Kartellbeiträge nicht mehr von der Lokalkasse wie bisher, sondern von den Kollegen selbst zu entrichten, um den Lokalfonds zu stärken. Der anwesende Kartellvorsitzende appellierte an die Kollegen, treu zur Kasse zu halten und sich nicht von den Christlichen irreführen zu lassen, sowie auch an dem Ausbau der Filiale geschlossen mitzuwirken.

**Aus den deutschen Gewerkschaften.**

**Der zweite Verbandstag der Asphaltierer** fand am 28. und 29. Dezember in Berlin statt. Der Verband zählt gegenwärtig 630 Mitglieder. Die Massenverhältnisse weisen für das Jahr 1906 eine Einnahme von 9549,71 Mk. inklusive eines Bestandes von 1954,77 Mk. und eine Ausgabe von 4596,56 Mk. auf. Die Einnahmen in den drei ersten Quartalen 1907 betragen inklusive des Massenbestandes 9702,13 Mk. und die Ausgaben bis zum 27. Dezember 1907 5556,80 Mk. Für Streiks wurden 1905,50 Mk. an die eigene Organisation und 50 Mk. für andere Verbände hergegeben. Für Krankenunterstützung wurden 1163,05 Mk. ausgegeben. Aus der Statutenberatung ist hervorzuheben, daß das Streifreglement dahingehend abgeändert ist, daß die Streikunterstützung auf 2,50 Mk. pro Tag — 15 Mk. und für jedes Kind 1 Mk. pro Woche erhöht wird. Außerdem darf die Unterstützung insgesamt pro Woche nicht den Betrag von 17 Mk. übersteigen. Die Krankenunterstützung wurde bei den älteren Jahrgängen ebenfalls erhöht. Der „Asphaltarbeiter“ erscheint auch weiterhin monatlich einmal, eventuell soll eine Beilage beigegeben werden. Die Verbandsfunktionäre, Vorsitzender, Kassierer, Sekretär und Medaktion, wurden einstimmig wiedergewählt. Als Sitz des Verbandes wurde wieder Berlin bestimmt.

**Eine Tariffstatistik des Schneiderverbandes.** Der Vorstand des Schneiderverbandes hat soeben eine recht wertvolle Tariffstatistik für die Jahre 1906/1907 herausgegeben. Aus der Tariffstatistik, die den Inhalt der Tarife bezüglich der Löhne in Tabellenform wiedergibt, ist ersichtlich, daß in der Herrenmasch- und Uniformbranche Ende 1907 die Zahl der tariflich geregelten Geschäfte 6104 in 193 Orten betrug. In diesen Geschäften wurden 37 299 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Nicht geregelt sind 1371 Geschäfte mit 6091 Arbeitern und Arbeiterinnen. In der Herrenkonfektion betrug die Zahl der tariflich geregelten Geschäfte 199, die 17 023 Personen beschäftigten. Ferner wurden 77 Firmen der Damenschneiderei mit 1550 Arbeitern und Arbeiterinnen gezählt, deren Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich geregelt sind.

**Streiks und Lohnbewegungen der Tapezierer** im Jahre 1907. Im vergangenen Jahre wurden von den Tapezierern in Deutschland 37 Lohnbewegungen durchgeführt, von denen 32 Angriffs- und 5 Abwehrbewegungen waren. Bei den 32 Angriffsbewegungen kam es in 12 Orten zum Auslande. In sämtlichen Bewegungen waren beteiligt 2017 Betriebe und 5383 Geschäften. Erreicht wurde für 4983 Personen eine Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit um 1108 Stunden und eine wöchentliche Lohnerböhung von 10 861 Mk. Die Zahl der abgeschlossenen Arbeitsverträge belauf sich auf 23. Die Gesamtanlage für die Lohnbewegungen stellte sich auf 112 265 Mk.

**Rundschau.**

**Aus dem Reichstage.** Die Vergarbeiter befinden sich gegenwärtig in einer ernsthaften Bewegung gegenüber den neu geschaffenen Anapassungsabungen, die den Arbeitern Steine statt Brot bieten. Drei Interpellationen, die an die Ablehnung der Anapassungsabungen im Bodener Verein anknüpfen, beschäftigten vom 16. bis 18. Januar den deutschen Reichstag. Von seiten der Sozialdemokratie wurde mit Recht eine neue Novelle zum Krankenversicherungsgesetz zur Regelung der Anapassungsabungen verlangt. Treffend äußerte Due (Zol.) aus, daß die Schwäche der Regierung die Wertbesitzer immer mehr ermutigt, das Wagenrollen und ähnliche raffinierte Praktiken zu betreiben, während als weitere Folge der Vergabung die Menschen förmlich frösteln. Aus der weitläufigen Diskussion seien nur noch die sehr energischen Ausführungen des Vergarers Gotthein (Hf. Va.) erwähnt, der den sozialdemokratischen Kritiken in fast allen Punkten Recht gab. Eine Auseinandersetzung mit den „Christlichen“ seitens unserer Genossen Due und Sachse fiel nicht zum Vorteil der ersten aus. Zum Schluß betonte Herr Wassermann (nall.) die unwandelbare Vergarbeiterfreundlichkeit seiner Partei, die sich leider nur allzu platonisch äußert! — Am 23. Januar kam endlich die sozialdemokratische Interpellation bezüglich der Wahl



rechtsfrage in Preußen sowie der Polizeifabelherrschafft vom 12. Januar zur Sprache. Der gefürchtete Bülow gab vor vollendetem, von Schülern umstellten Hause alsbald die Erklärung ab, daß er die Verantwortung der Interpellation ablehnen müsse, weil der Reichstag nicht kompetent sei. Im selben Augenblicke aber „ermahnte“ er in längeren Ausführungen das Volk, sich nicht ferner irreführen zu lassen, natürlich von den sozialdemokratischen Hebern. Die ganz unabhängig von der Wahlrechtsbewegung stattgehabten Arbeitslosenversammlungen mit den „obligaten“ Sabelattenden der Berliner Polizei mußte zu dieser völlig verächtlichen Verlegenheitsspielt herhalten. Wie auch das „Berliner Tageblatt“ meinte, wollte er sich einen „guten Abgang“ sichern. — Aber Richard Fischer (Zog.) sorgte in zweijähriger Rede für die rechte Würdigung dieser Staatsmissetat und wie wir ruhig hinzufügen, empfinden sehr, ja Hunderttausende genau so wie Fischer das in faktischer Weise darlegte. — Vendenlahm äußerten sich die „Liberalen“, obwohl man bei dieser Gelegenheit, wie Barth (lib.) jüngst mit Recht ausführte, unbedingt die Bloßfreundschaft aufständigen mußte — bei Streik des politischen Anstandes. Herr Arctz und andere erleuchteten Geister der „Staatsbehaltenden“ stimmten natürlich dem sanfter voll und ganz zu. — Als dann die Sozialdemokraten durch Debel auf einige Angriffe antworten wollten, versuchte man durch Schlußantrag das Wort abzuschneiden, was auch tatsächlich, wenn auch mit knapper Not, gelang, indem selbst der Liberalismus bei der Abstimmung mit sechs rühmlichen Ausnahmen für diese Randnotmachung stimmte. Ob da nicht endlich manchem bisherigen liberalen Arbeiter und Bürger die Augen aufgehen? Fast scheint es so, denn die liberalen Versammlungen mehren sich, in denen durch Resolutionen gegen die Spaltung der Pseudo Liberalen energisch Stellung genommen wird. Selbst in Raumanns Wahlkreis verlangt man Rechtfertigung von dessen schwanker Haltung. Zwar kommt er in seiner „Hülse“ mit der seit Richters Abtun ziemlich abgebrauchten Behauptung, die Sozialdemokratie erwidere jede gemeinschaftliche Aktion durch ihr „Geschimpfe“. Aber zum Teufel noch mal: Bei solch liberaler Waschlappigkeit mußte selbst dem Krönstufen die Galle übergehen! — Der Reichstag beriet in der verflochtenen Rede noch über die Prüßler Juckerlon-Funktionen. Die Konserativen schlugen eine Herabsetzung der Juckerloner von 14 auf 10 Mk. pro Milligramm vor. Man will, wie ganz richtig gesagt wurde, dem Volke ein Verublungspulver geben, damit die übrige Verteuerung der Lebensmittel ungestört weiter vor sich gehen kann und die indirekten Steuern auch weiter den breiten Massen abgepreßt werden.

Werden unseren Kollegen, die Berliner Kartballenarbeiter, endlich die Konwendigkeit einer einheitlichen Organisation einsehen? Die „Einigen“ schreibt: „Am Donnerstag, den 16. Januar 1906, fand im Lokal von Heufelder, Tragenerstraße 15, eine Generalversammlung der freien Vereinigung städtischer Kartballenarbeiter statt. Unter Vereinsangelegenheiten wurden folgende Anträge angenommen: „Die heutige Generalversammlung beschließt wie folgt: Mitglieder, die bei Erkrankungen laut Unterstützungsreglement das ihnen zutreffende Krankengeld empfangen haben, wird erst nach einjähriger Karenzzeit eine weitere Krankengeldunterstützung gezahlt.“ Antrag 2: „Die heute bei Heufelder tagende Generalversammlung beauftragt den Vorstand, in der ersten Hälfte des Februar eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen mit der Tagesordnung: 1. Ist die freie Vereinigung städtischer Kartballenarbeiter gewillt, mit dem Verbände der Gemeindearbeiter in Verbindung zu treten betreffs des Uebertritts? 2. Einen Rezenten zu bestellen über den 1. Punkt der Tagesordnung. 3. Mitgliedsbuch in der betreffenden Versammlung lautmischen. Außerdem müssen die Mitgliedsbücher nach den Sitzungen in Ordnung sein.“

Unfall in Charlottenburg. Am Sonnabend, den 18. Januar, trug sich auf der hiesigen städtischen Gasanstalt II ein bedauerlicher Unfall zu. Der Kollege Anton Wieniewski war am genannten Tage damit beschäftigt, Mühlen für das Feuerhaus I mittels Hobelstuhl in den Fein heraus zu befördern. Auf bisher nicht genau festgestellte Weise geriet derselbe zwischen Schutzgitter und Fahrstuhl. Nachdem ihm vom Fahrstuhl der Brust hinten eingedrückt war, blieb er, mit dem Kopf nach unten, hängen. In dieser schrecklichen Lage fanden ihn Kollegen. Dieselben bestreuten den Verunglückten, doch gab letzterer nur noch schwache Lebenszeichen von sich. Wieniewski wurde dem Krankenhause „Westend“ überführt, doch erlag er noch in derselben Nacht den schweren Verletzungen.

Rom Schlachtfeld der Arbeit. Aus der dem Reichstage jetzt vorgelegten Nachweisung über die Rechnungsergebnisse der Berufsvereinigungen im Jahre 1906 zur Annahme nicht weniger als 646 543 Unfälle (gegen 600 160 im Jahre 1905).

Die Unfallzahl ist also wiederum gewachsen. Die Armee derjenigen, für welche im Jahre 1906 zum erstenmal Entschädigungen gezahlt wurden, beläuft sich auf 139 726 gegen 141 121 im Jahre 1905. Hierunter rechnen 9141 Tote (im Jahre 1905 betrug die Zahl der durch die Unfälle Getöteten 8628).

Aus drei Kommunen. Das „Berl. Tagebl.“ schreibt: In Berlin hat der Kommunal-liberalismus den sozialdemokratischen Stadtverordneten im Vorstände der Versammlung jede Vertretung verweigert. Das sieht dem Berliner Kommunal-liberalismus des roten Hauses ähnlich. — In Schöneberg haben die vereinigten Antisemiten, Konserativen, Pausagravirer und die sonstigen Stützen der Reaktion den Liberalen einen Sitz im Vorstände der Stadtverordnetenversammlung verweigert. Das sieht diesen reaktionären Herrschaften ähnlich. Leider ist dadurch aber auch der Berliner Kommunal-liberalismus à la Fraktion Cassel dem Schöneberger Reaktionsklingel ähnlich geworden. In beiden ist um dieser Feindschaft willen weder Berliner Kommunal-liberalismus noch der Schöneberger Reaktionsklub. — 3. In Charlottenburg haben die Kommunal-liberalen den Sozialdemokraten im Vorstände der Stadtverordnetenversammlung den Posten des 1. Schriftführers eingeräumt. In Summa: Wo immer etwas Kückständiges zu leisten ist, weicht der Berliner Kommunal-liberalismus mit den Veldentaten der Reaktion. Von anderen freimütigen Stadtverwaltungen läßt er sich beschämen.“ — Dieser Charakterisierung aus dem eigenen Lager können wir nur beistimmen.

Entlohnung der Bureauarbeit im Gegensatz zur Handarbeit auf der kaiserlichen Werk. Bei den Lohnbewegungen unter den Beamten der kaiserlichen Werk erhält die Öffentlichkeit auch Einsicht in die niedrigen Löhne, die die Bureauarbeiter dort verdienen. Diese Leute sollten eigentlich nur als Bureaugehülfen, Maschinen- und Adressenschreiber verwendet werden. Tatsächlich aber haben sie bei der peinlich genauen Rechnungsführung des Betriebes die Arbeit eigentlicher Kalkulatoren zu tun, Lohnbücher zu führen und die Lohnberechnungen vorzunehmen. Einzelne Daten über die Lohnverhältnisse auf der kaiserlichen Werk gibt H. Strube in der „Hülse“. Es beträgt das durchschnittliche Monatseinkommen von Schaltbrettwärtern 225,50 Mk., Mechanikern 155,75 Mk., Kupferfächern 162,50 Mk., Säckern 115,00 Mk., Handlangern 115,25 Mk., dagegen der Monatslohn von Lohnschreibern 101,12 Mk., Maschinenschreibern 99,60 Mk., Klagajungehülfen 113,70 Mk., Bureauclerkern 90,50 Mk., Telephonisten 93,00 Mk. Die Bureauarbeiter hatten also durchweg ein schlechteres Einkommen als die durch ihre Organisation auf ein erhöhtes Niveau gelangten eigentlichen Handarbeiter. Dazu kommt noch, daß 1906 die Arbeitszeit der Werkstattdarbeiter um eine Stunde verkürzt und der Stundenlohn erhöht, bei den monatlich besoldeten Angestellten dagegen wohl die Arbeitszeit erhöht wurde, das Gehalt aber nicht. Dabei haben diese Leute die Verantwortlichkeit von Beamten ohne deren Stellung und Bezahlung. Wahrscheinlich aber halten sie sich trotz dieser Dünge-löhne für vornehmer als die Handarbeiter und hüten sich davor, durch Zusammenstoß ihre Lebenshaltung zu verbessern und ihre Rechte wahrzunehmen.

Preußens Herrscher. Um die hohe Intelligenz, das Verständnis für das wirtschaftliche Leben und die Befähigung der Jünger zum Regieren in Preußen zu beweisen, hat der Reichs- anspruch der brandenburgischen Landwirtschaftskammer folgenden Beschluß gefaßt: „Die Landwirtschaftskammer wird ersucht, beim Herrn Minister für öffentliche Arbeiten dahin zu wirken, daß die Arbeiterfahrarten zu ermäßigtem Preise nicht mehr zur Ausgabe gelangen, daß die freie Fahrt der Frauen und Angehörigen von Eisenbahnarbeitern zum Marktbesuch in den größeren Städten aufgehoben werde, daß ferner die Löhne der Eisenbahnarbeiter entsprechend festgesetzt werden, und endlich, daß die Eisenbahnverwaltung keine Arbeiter unter 18 Jahren beschäftige.“ Besser als durch diesen Beschluß vermögen die Epigonen der ehemaligen Hand- und Strauchritter ihre Befähigung zur Alleinherrschaft im „Kulturstaat“ Preußen nicht zu erbringen.

Demonstrationen.

Wir leben in bewegter Zeit!  
Die Straße war' he noch so breit —  
Al' leinweges war' alle;  
Zie' ut nur Kaufhalle.  
Schuhmann links, Schuhmann rechts,  
Ein Schuhmann in der Mitten  
Man wird ebn' Auehn des Geschlechts  
Verban' u' noch unnerellen;  
Prin' rat' ich di, mein lieber Sohn,  
Wird' jegliche Demonstration  
Und hulle hübsch den Schnabel,  
Zonst gibst' was mit dem Zabel.  
Was halt' du drauhen auch zu tun?

Laß Arbeit und Geschulte ruhn  
Und bleibe hübsch zu Kaufe,  
Fahre in deiner stauke.  
Wer heut' sich auf der Straße zeigt  
Und nicht vor jedem Schuhmann  
Al' hülnlich verächtlich' Mensch,  
Als rot und niedertachtig,  
Von rechts und links wud' er bedrangt,  
Wud' eingepfecht und eingengt;  
Und wenn er nicht um Gnade fleht,  
Und Schmutzstrads' auseinandergeht:  
Schaltet der Schuhmannsabel  
Den Kopf ihm bis zum Zabel.

Hilfred Scholtz



**Eingegangene Schriften und Bücher.**

**Kommunale Praxis.** Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Herausgeber: Dr. Albert Eidelum. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69. Nr. 3 und 4. Vierteljährlich nur 3. M. Probenummern sind jederzeit kostenlos vom Verlag zu beziehen.

**Die Neue Zeit.** Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. Verlag: Paul Singer in Stuttgart. Heft 16 und 17 nebst Ergänzungsheft: Nationalität und Internationalität von Kautsky. Preis pro Heft 25 Pf., pro Quartal 3.25 M.

**Gleichheit.** Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen. Verlag: Paul Singer in Stuttgart. Nr. 2 des 18. Jahrg. Preis pro Nummer 10 Pf., pro Quartal 35 Pf., unter Kreuzband 85 Pf., Jahresabonnement 2.60 M.

**Der Wahre Jakob.** Erscheint alle 14 Tage. Verlag: Paul Singer, Stuttgart. Nr. 2. 25. Jahrgang. Preis der Nr. 10 Pf., bei Postbezug pro Quartal 65 Pf.

**Der Arbeitsmarkt.** Halbmonatsschrift der Zentralstelle für Arbeitsmarktberichte. Verlag: Georg Meimer. Nr. 4 des 11. Jahrg.

Von der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek ist ferner im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin, das 11. Heft erschienen. Es behandelt die Verhütung und Heilung des Stotterns. Jedes Heft der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek kostet 20 Pf. Jede Parteibuchhandlung und jeder Importeur liefert auf Bestellung die Hefte.

**Protokoll über die Verhandlungen des Preussischen Parteitag.** Verlag der Buchhandlung Vorwärts. Verhandelt wurden auf diesem Parteitag: Die Organisation in Preußen. Die bisherige Tätigkeit des preussischen Landtages und die Wahlrechtsfrage in Preußen. Die Landtagswahlen 1908. Die Lage der Staatsarbeiter in Preußen. Selbstverwaltung und Gemeinde. Der Preis für die gute Ausgabe beträgt 2 M.; eine billige Ausgabe für Vereine usw. kostet 50 Pf.

**„In Freien Stunden“.** Von dieser Wochenschrift, die von der Buchhandlung Vorwärts herausgegeben wird, liegen die ersten beiden Hefte des neuen Jahrganges vor. Wir bitten unsere Leser, für diese, den Arbeitern und ihren Familien gewidmete Zeitschrift zu agitieren. Probehefte zum Auslegen in den Versammlungen usw. liefert jede Parteibuchhandlung oder der Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

**Die Tarifverträge und die deutschen Gewerkschaften.** Von Adolf Braun. Preis gut gebunden 75 Pf., in Leinwand gebunden 1 M. Verlag von J. D. W. Dieb Racht in Stuttgart. Vereine erhalten bei direkter Bestellung eine wesentliche Preisermäßigung. Es fehlt bisher an einer vom Standpunkte der modernen Gewerkschaften geschriebenen, leicht verhandlichen und für die Agitation verwertbaren Schrift über das Wesen und die Bedeutung der Tarifverträge. Diese Lücke in unserer Literatur versucht die vorliegende Arbeit auszufüllen; es erscheint uns so dringlicher, als wir eine große Zahl von Arbeitern aus anderen Lagern über die Tarifverträge bringen. Man ersieht daraus das stark bedürftige, sich über Wesen und Bedeutung der Tarifverträge zu unterrichten, um sich für die Kämpfe der Arbeiter um Tarife zu wappnen und die beste Vertretung der Unternehmerinteressen zu sichern. Die Braunsche Schrift stellt sich die Aufgabe, den Arbeiterinteressen zu dienen.

**Geschichte des Sozialismus in Frankreich.** Von Paul Louis. Aus dem Französischen übertragen und mit Anmerkungen versehen von Hermann Wendel. Verlag von J. D. W. Dieb Racht in Stuttgart. Preis broschiert 2.50 M., gebunden 3 M.

**Die Philosophie Spinozas.** Von J. Stern. Dritte, stark verbesserte Auflage. Verlag von J. D. W. Dieb Racht in Stuttgart. Preis broschiert 1.50 M., gebunden 2 M.

**Alkohol und Geschlechtsleben.** Mit einem Anhang über Ammerkeupen. Von Dr. med. Magnus Strichfeld. 1 bis 10. Tausend. 16 Seiten 8°. Preis 10 Pf. In Partien billiger. Verlag: Deutscher Arbeiter-Abenteurer-Bund, Johannes Michaelis, Berlin O. 17, Lange Straße 11. Durch Beispiele aus dem Leben führt der Verfasser den Nachweis der Gefährlichkeit des Genusses gewisser Getränke und schließt mit den Worten: „Nabelsch, wir haben allen Grund, gegen einen Feind zu kämpfen, der uns nicht erobert, sondern erniedrigt, nicht befreit, sondern unterdrückt, der keinen Segen, sondern nur Schaden, Unheil und Schanden bringt und mehr wie jede andere Ursache der Verwahrlosung der menschlichen Rasse hindert im Wege steht.“ - Im Anhang sind die Ammerkeupen Berlins geschildert.

**Das Neue Preussische Ergänzungsgesetz (Veränderung des Gesetzes vom 19. Juni 1906.)** (Antl. Fassung.) Verlag: V. Schwarz u. Comp., Berlin S. 11, Dresdenerstraße 80. Preis 60 Pf.

Verlag: In Vertretung des Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter 16 Hermann-Genossenschaftler des. Hans G. Zillmer, beide Berlin W. 30, Winterfeldt. 2. und. Monats- und. und. Verlagsamt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 69

**Totenliste des Verbandes.**

<b>Karl Kassel, Berlin</b> † 18. Januar 1908 im Alter von 45 Jahren.	<b>Emil Högel, Karlsruhe i. S.</b> † 18. Januar 1908 im Alter von 29 Jahren.
<b>Wiesniewski, Charlottenbg.</b> † 18. Januar 1908 im Alter von 43 Jahren.	<b>Joh. Vogelbauer, München</b> † 20. Januar 1908 im Alter von 75 Jahren.
<b>Paul Otto Weichelt, Hamburg-Altona</b> † 21. Januar 1908 im Alter von 49 Jahren. Ehre ihrem Andenken!	

**Gemeinde- und Staatsarbeiter von  
Kaiserslautern und Umgegend.**

Sonntag, den 2. Februar 1908, im Saale des Herrn Heinrich Lüttingshausen (Restauration „Zum Viechhof“), Pariser Straße

**Öffentliche Versammlung.**

Tagesordnung:

1. Der Gemeindearbeiter Verband und seine Tätigkeit im Jahre 1907. Referent: Gauleiter Hedmann, Mannheim.
  2. Schöpfungstheorie und Naturwissenschaft. Referent: Kollege Ringf.
  3. Wünsche und Anträge.
- Zu zahlreichem Besuch ladet ein

Die Vorstandschaft  
der Filiale Kaiserslautern.

**Filiale Lübeck.**

Am Freitag, den 7. Februar 1908, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinshaus, Johannisstr. 50-52

**Mitglieder-Versammlung**

Tages-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder. - 2. Verlegung des Gau-Büreaus nach Lübeck zum 1. April 1908. - 3. Verschiedenes. Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es, in der Versammlung zu erscheinen. Karten sind vorzuzeigen. Der Vorstand.

**Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter :: Einzelmitglieder Leipzig.**

Sonabend, den 8. Februar 1908, abends 8 Uhr:

**Großes Winterfest**

im „Pantheon“, bestehend in Konzert, Humorist. Vorträgen und Ball. Gediegenes Festprogramm. Programme im Vorverkauf 20 Pf., an der Kasse 25 Pf. sind bei allen Verbandsfunktionären zu haben.

Es ladet herzlich ein **Das Festkomitee.**